



## Protokoll

**11. Sitzung des Gemeinderates**  
**Montag, 17. April 2023, 19:00 Uhr bis 21:28 Uhr**  
**Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2023/2024
- 4 Weisung 19/2022 des Stadtrates: Volksinitiative "Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse"
- 5 Weisung 27/2023 des Stadtrates: Projektierungskredit von 1'166'500 Franken für die Gesamtanierung der Liegenschaft Untere Farb und den Einbau des Stadtarchivs
- 6 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz	Präsident Jürg Krauer (FDP) bis TOP 3a Präsident Patricio Frei (Grüne) ab TOP 3b
Protokoll	Ratsschreiber Daniel Reuter
Anwesend	35 Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Entschuldigt	Christoph Keller (SVP)
Presse	Erik Hasselberg, AVU

Der Präsident begrüsst die Medienleute und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

## Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## 1 Mitteilungen

### 1.1 Weisung 26/2023 der Sekundarschulpflege: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2022

### 1.2 Weisung 21/2023 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2022

### 1.3 Weisung 22/2023 des Stadtrates: Jahresrechnung 2022

Die Geschäftsleitung „kann den Kommissionen administrative Weisungen erteilen“ (Art. 6 Bst. b OrgErl GR). Sie hat in Anwendung dieser Bestimmung am 29. Juni 2022 beschlossen, die Arbeitsweise der Subkommissionen betreffend Budgets und Jahresrechnungen im Vorgehen zu vereinheitlichen. Der Gemeinderat hat das erstmals mit dem Budget 2023 teilweise ausführen können.

Auch für die Jahresrechnungen 2022 muss das Vorgehen einheitlich erfolgen. Sie erhalten dazu wiederum eine Formularvorlage für die Fragen und Antworten mit verbindlichen Fristen. Die Subkommissionen bezeichnen eine Referentin oder einen Referenten für die Koordination der Vorbereitungsarbeiten. Die erste Lesung der Jahresrechnungen 2022 findet für alle Sachkommissionen am Montag, 19. Juni 2023, 18 Uhr statt.

## Fraktionserklärungen

Für die Grüne-Fraktion verliest **Natalie Lengacher (Grüne)** folgende Fraktionserklärung: *Wir Grünen haben uns seit 2022 für den Verbleib des Spitals Uster auf der Spitalliste stark gemacht. Für die Gesundheitsversorgung im Oberen Glatttal und Zürcher Oberland ist das Spital Uster schlicht unverzichtbar. Wir sehen das positive operative Betriebsergebnis als gutes Zeichen. Es zeigt, dass der im 2020 eingeleitete Richtungswechsel zu den gewünschten Resultaten geführt hat. Trotz dem negativen Ergebnis vom letzten Jahr halten wir an unserer Meinung fest – Uster braucht ein eigenes Spital!*

*Wir befürworten eine Aktienkapitalerhöhung. Die Spitalleitung muss jedoch am eingeschlagenen Weg der Effizienzsteigerung und der Kooperationen festhalten. Nur so wird sie die auch von der kantonalen Gesundheitsdirektion bis 2025 verlangte Kosteneffizienz und wirtschaftliche Stabilität erreichen. Ebenso muss sie – wie von den Grünen bereits mehrfach gefordert – endlich einen zukunftsfähigen Businessplan vorlegen. Dieser muss es in Zukunft auch ermöglichen, die zentralen Anliegen der Pflegeinitiative umzusetzen. Wir sind uns nämlich bewusst, dass das Personal die wichtigste Ressource eines Spitals ist.*

## Persönliche Erklärungen

**Ursula Räuftlin (Grünliberale)** verliest folgende Erklärung: *Im März 2023 konnte sich die Bevölkerung der Stadt zum geplanten Fahrplan 2023/2024 äussern. Erfreut habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Buslinie 818 aufgrund der Fahrgastzahlen nun per Dezember 2023 vom VZO übernommen wird, was den von der Stadt finanzierten Busbetrieb auf dieser Linie ablöst und die Stadt finanziell entlastet.*

*Der Fahrplan sah allerdings weiterhin nur den Halbstundentakt auf dieser Linie vor. Umso erfreuter habe nun ich, und werden wohl auch alle Begehrensteller aus dem Gebiet Rehbühl, den Stadtratsbeschluss Nr. 132 zu den Änderungsbegehren aus der Bevölkerung zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat berücksichtigt unsere Forderungen nach einer Taktverdichtung auf dieser Linie und wird sich dafür bei der VZO starkmachen.*

*Hoffentlich mit dem entsprechenden Druck und Erfolg, so dass sich die Bewohner aus dem betreffenden Gebiet und die Sportler ab Dezember über den städtischen Viertelstundentakt freuen dürfen.*

**Ursula Räuftlin (Grünliberale)** verliest folgende Erklärung: *Manchmal darf man auch von seinem Nachbarn etwas lernen: die Stadt Wetzikon hat nach wenigen Monaten den Versuch mit den E-Trottis nach einer durchgeführten Bevölkerungsumfrage abgebrochen und verfolgt das Projekt nicht mehr weiter. Sogar Paris sagt nach einer durchgeführten Bürgerbefragung « au revoir » zu den E-«Scootern», weil mit diesen vielen Unfällen verursacht wurden und sie quer auf Trottoirs im Weg herumstanden.*

*Nur in Uster, da muss ich immer noch auf Radwegen und Trottoirs um diese Dinger rumkurven oder drübersteigen. Sagen doch auch wir diesen Mietartikel endlich «auf Wiedersehen» oder eigentlich sogar lieber «auf Nimmerwiedersehen».*

*Deshalb lieber Stadtrat: brecht endlich diesen Versuch ab. Oder fragt doch zumindest in einem ersten Schritt die Bewohner unserer Stadt nach ihrer Meinung dazu.*

**Paul Stopper (BPU)** verliest folgende Erklärung: *Das Spital Uster präsentiert für das Jahr 2022 die letzte Rechnung als «Zweckverband Spital Uster» mit einem Defizit von ca. 5 Mio. Franken. Dieses ominöse Defizit stammt jedoch nicht etwa aus der Betriebsrechnung, wie Natalie Lengacher das vorhin bereits erwähnt hat. Diese schliesst ja erfreulich gut ab. Im Kernbereich und im eigentlichen Aufgabengebiet konnte der Betriebsertrag um 3.4 Millionen Franken auf 8.5 Millionen gesteigert werden.*

*Das Defizit von 5.2 Mio. hat mit dem Betrieb des Spitals nichts zu tun. Es sind sogenannte «Wertberichtigungen von Projekt- und Planungskosten».*

*Gegen den Gestaltungsplan wurde ein Rekurs gegen die 33 Meter hohe Kiste an diesem sensiblen Ort eingereicht. Ein Recht, das von Gesetzes wegen besteht. Verantwortungsvolle Manager hätten damit mit weiteren Planungen im grossen Stil gewartet, bis die Verfahren letztinstanzlich entschieden sind.*

*Nicht so in Uster: Die Planungen wurden einfach weitergetrieben. Auf eigene Verantwortung notabene. Wahrscheinlich genehmigten sowohl der Verwaltungs- als auch der Delegiertenrat dieses riskante Vorgehen.*

*«Man» hoffte einfach darauf, dass alle Rekurse abgelehnt würden. Aber ohalätz: Das Bundesgericht schützte den entscheidenden Rekurs und das Bauvorhaben war im Eimer.*

*Die 5 Mio. Planungs- und Projektierungskosten waren in den Sand gesetzt. Und am Schluss macht man noch die Rekurrenten für das Hochrisiko-Geschäft verantwortlich. Das geht natürlich gar nicht. Meiner Meinung nach sind diese Millionen dem bis Ende Dezember 2022 existierenden Zweckverband anzulasten und gemäss den Verbandstatuten auf die Trägergemeinden im Sinne der Nachschusspflicht zu überbinden. Ohne Volksabstimmung. Die Kosten fielen ja bis 2022 dem Zweckverband an.*

**Präsident Jürg Krauer (FDP):** *Ihre Redezeit ist abgelaufen. Redezeitverlängerung hätte vorab beantragt werden müssen.*

**Paul Stopper (BPU):** *Es geht nicht an, dass die vom Zweckverband verursachten Kosten einfach der neuen AG hinübergeschoben werden. Damit müsste die AG Altlasten des Zweckverbandes übernehmen. Davon stand in den Abstimmungsunterlagen zur AG rein gar nichts.*

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 10. Sitzung vom 20. März 2023 ist am 31. März 2023 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen.

Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

### 3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2023/2024

Zum Abschluss seines Amtsjahres hält **Präsident Jürg Krauer (FDP)** folgende Ansprache: «*Wir alle sind Botschafter unserer Stadt.*» Dieses Zitat aus meiner Antrittsrede vor gut einem Jahr habe ich dannzumal verbunden mit der Aufforderung, die Ustermer Politik nach der Corona-Abstinenz wieder näher an die Bevölkerung zu bringen.

*In der Funktion des Ratspräsidenten ist man natürlich auch der Botschafter des Gemeinderats, und daher durfte ich unser Parlament auch an diversen Anlässen vertreten. So darf ich auf ein ereignisreiches und sehr spannendes Jahr als Ratspräsident zurückblicken. Gerne lasse ich eine Auswahl von Anlässen Revue passieren:*

*Mit glanzvoller Wahl gestartet durfte ich mit Ihnen bei bestem Wetter auf der Terrasse des Hotels Illuster auf meine Wahl anstossen. Gleichzeitig konnten wir die neuen Ratsmitglieder begrüßen und kennenlernen.*

*Gerne erinnere ich mich auch an die 1.-August-Feier im Stadtpark, organisiert durch den Quartierverein Kirchuster, an welcher ich bei Sonnenschein und guter Unterhaltung durch die Stadtmusik die Vorrede halten durfte.*

*Dass in Amden immer die Sonne scheint, konnte ich auf unserem Ratsausflug leider nicht beweisen. Ich rate daher allen, dies selber vor Ort noch nachzuprüfen! (Heiterkeit im Saal)*

*Zum Schwitzen kam ich dann wie gewohnt am Greifenseelauf. Immerhin, als Ratspräsident wird man am Abend mit einem feinen Abendessen im Stadthofsaal für diese Strapazen entschädigt.*

*Spannend war der Besuch des Parlaments von Davos und sehr eindrücklich war es auch im Bundeshaus an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP).*

*Nicht ins Schwitzen, aber dafür ins Straucheln kam ich an der Ustermer Skimeisterschaft. Sehr, sehr schade, dass dieser super organisierte Traditionsanlass dieses Jahr zum letzten Mal stattfand.*

*Dass wir uns in Uster sicher fühlen dürfen, hat der Jahresrapport der Feuerwehr, aber auch die Verteidigungsfeier der Stadtpolizei bewiesen. Beides sind wirklich „lässige“ Truppen mit sehr engem und gutem Zusammenhalt.*

*Und zum Schluss nach unserem gelungenen Ratsessen vor gut drei Wochen im Zeughaus durfte ich sogar noch mit unserem ältesten Ratsmitglied bis morgens um 2 Uhr in der Zeughausbar abfeiern. Dort hat das betreffende Ratsmitglied entsprechende Verlängerung beantragt und erhalten. (Heiterkeit im Saal)*

*Sie spüren, ich darf aus diesem Ratsjahr viele bleibende Erinnerungen an vielfältigste Anlässe mitnehmen. Gerne erinnere ich mich aber auch an all die persönlichen Begegnungen mit beeindruckenden Persönlichkeiten, wie Nationalratspräsidentin, Ständeratspräsident, Bundesrätin, Nationalräte, Ständeräte, Regierungsräte oder auch ETH-Präsident. So ein Jahr als Ratspräsident ist wirklich spannend und zu empfehlen.*

*An all diesen Anlässen habe ich selbstverständlich den Uster-Pin getragen und es freut mich, dass diesen heute im Ratssaal so viele Personen am Revers tragen.*

*Im Umkehrschluss finde ich es aber auch schade, dass vor gut einem Jahr einige Pins im Ratssaal liegen blieben. Offenbar wurde meine apolitische Botschaft nicht von allen verstanden.*

*Ich selbst bin sehr stolz darauf, die Bevölkerung meiner Heimatstadt im Gemeinderat zu vertreten, im letzten Jahr sogar als Präsident. Und im Grunde genommen hoffe ich, dass jeder oder jede hier im Ratssaal stolz auf sein oder ihr Amt ist. Dies erleichtert auch den grossen Aufwand, welchen die meisten von uns neben der beruflichen Tätigkeit in dieses Amt noch investieren.*

*Um diesen Stolz zu zeigen, braucht es natürlich keinen Pin, alle hier im Ratssaal sollen dies mit ihrer eigenen Methode und auf ihre eigene Art machen dürfen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass der Pin Uster in den Fokus rückt, die Kommunikation dadurch enorm erleichtert und diese auch auflockert. Und genau dies wünsche ich mir für die Zukunft. Dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte die Nähe zur gesamten Bevölkerung vermehrt suchen und auch finden und in der Bevölkerung die Neugierde und das Interesse für die aktuellen politischen Themen wecken können, auch partei- und meinungsübergreifend. Als Parlament haben wir die Aufsicht über den Stadtrat, die Schulpflegen, die Sozialbehörde und die Stadtverwaltung. Diese Funktion müssen wir aktiv wahrnehmen und aktiv verteidigen. Als Rat müssen wir selber lenken und dürfen das Steuerrad nicht aus der Hand geben. Ein starkes und selbstbewusstes Parlament als echtes Gegengewicht zum Stadtrat und zur Verwaltung ist darum zentral für das Funktionieren der Demokratie.*

*Für meine bleibenden Erinnerungen an mein Ratspräsidentenjahr und auch für Ihre Unterstützung im vergangenen Jahr möchte ich mich beim gesamten Gemeinderat, dem Stadtrat, dem Ratssekretariat, der Stadtverwaltung, meiner Partei, meiner Fraktion und insbesondere auch meiner Familie ganz herzlich bedanken. (Applaus) Wir schreiten jetzt zur Wahl des neuen Präsidenten.*

Bis zum Abschluss von Traktandum 3, Geschäftsleitung, Konstituierung für das Amtsjahr 2023/2024, bleiben die bisherigen Stimmzählerinnen, Anita Borer, Karin Niedermann und Ursula Räuftlin, im Amt. Ab Traktandum 4, Weisung 19/2023, amten die neu gewählten Stimmzählerinnen und Stimmzähler.

Die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten sowie der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten erfolgt geheim (Art. 73 Abs. 4 OrgErl GR in Verbindung mit §§ 26 und 31 Gemeindegesetz [GG]). Das gilt auch für die Wahl der Kommissionsmitglieder, sofern mehr Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 73 Abs. 3 OrgErl GR).

Im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im dritten Wahlgang das relative Mehr (§ 31 GG).

Während eines Wahlgangs darf sich die Zahl der stimmberechtigten Ratsmitglieder nicht verändern. Die Ratsmitglieder sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden. Wählbar ist jedes Ratsmitglied mit Ausnahme des abtretenden Präsidenten, der für das folgende Jahr weder für als Präsident noch als Vizepräsident wählbar ist (Art. 5 Abs. 2 OrgErl GR).

Die Stimmzählerinnen und der Ratsschreiber amten als Wahlbüro (Art. 72 Abs. 2 OrgErl GR). Die Wahlprotokolle sind jeweils vollständig auszufüllen.

#### **a) Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten**

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Patricio Frei (Grüne).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmzählerinnen verteilen jetzt die Wahlzettel in ihrem Block.

Haben alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgeben können?

Das ist der Fall.

Die Stimmzählerinnen sammeln jetzt die Wahlzettel in ihrem Block wieder ein und legen sie in die Urne.

Die Auszählung erfolgt hier im Saal.

## 1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	35
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	5
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	30
<b>absolutes Mehr</b>	<b>16</b>
Gewählt ist mit Stimmen:	26
Patricio Frei (Grüne)	
Ferner erhielten Stimmen:	
Marco Ghelfi (Grüne)	3
Balthasar Thalmann (SP)	1
massgebende Wahlzettel	30

(Applaus)

## Wahl

### Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Patricio Frei (Grüne) wird als Präsident für das Amtsjahr 2023/2024 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

**Präsident Patricio Frei (Grüne)** übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache: *Es ist mir eine grosse Ehre, dieses Amt antreten zu dürfen. Als Gemeinderatspräsident verstehe ich mich in der Rolle des Dienstleisters. Damit die Sitzungen korrekt, effizient und ohne Ungereimtheit ablaufen können. Da kann man sich eigentlich kaum Meriten holen: Wenn man es richtig macht, fällt es nicht auf. Nur wenn was schief läuft...*

*Ich möchte mich bei allen bedanken für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Es erfüllt mich mit Stolz. Und ich werde alles tun, um Euch nicht zu enttäuschen.*

*Danken möchte ich aber vor allem meiner geliebten Frau. Für Ihre Geduld. Dass sie mich Politik machen lässt. Für all die Stunden und Abende, an denen ich an einer Sitzung war, eine Wortmeldung vorbereitete, einen Vorstoss formulierte oder – schon wieder an einer Sitzung war. Ohne meine Frau wäre mein politisches Engagement nicht möglich.*

*Bedanken möchte ich mich auch bei meinen beiden Kindern Eric und Seraina: Dass ihr trotzdem so prächtig herausgekommen seid, obschon ich die letzten Jahre nicht die Präsenz zuhause gezeigt habe, wie andere Väter.*

*Ein grosses Dankeschön geht auch an meine Partei, die Grünen, und meine Fraktion. Ich schätze den Austausch mit Euch sehr. Die Diskussionen sind immer wieder eine Bereicherung. In Eurem Kreis fühle ich mich aufgehoben und mit meinen Ideen und meinem Engagement am richtigen Ort. «Be the change you want to see in the world» - dieser Satz war für mich schon als kleiner Junge Antrieb, noch bevor ich ihn das erste Mal hörte... Mein grösstes Ziel war und ist es bis heute, meine Energie gegen Ungerechtigkeiten in der Welt einzusetzen. Ich will dazu beitragen, die Welt ein kleines bisschen besser zu machen.*

*Ich freue mich auf die kommenden Monate als Präsident. Ganz besonders freue ich mich auf die Gestaltungsmöglichkeiten, die dieses Amt mit sich bringt.*

*Ich werde dieses Amt nutzen, um mich zu bereichern. Und zwar an Begegnungen mit Bewohnerinnen und Bewohnern von Uster. Und ich werde den Kontakt zu den Menschen suchen. Nicht nur auf Einladung zu Veranstaltungen. Ich werde die Gelegenheiten auch schaffen. Aktiv. Mit dem ganzen Gemeinderat. Zwei Mal werden wir in den nächsten Monaten ausserhalb des Stadthauses tagen. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass es unser Ziel sein muss, die Geschäfte, die wir hier besprechen; die Kompromisse, um die wir ringen; die Entscheidungen, die wir fällen, wieder näher zu den Menschen zu bringen. Aber auch die Menschen hierher zu holen, wo Entscheidungen gefällt werden, die ihr tägliches Leben unmittelbar betreffen. Ganz nach dem Motto «Politik bi de Lüt!» oder frei übersetzt für die Lateinerinnen und Lateiner unter Ihnen: «Extra Muros!» Den Anfang wird die Debatte zur Jahresrechnung im Juli machen. Da werden wir zu Gast im Ustermer Ortsteil Nänikon sein.*

*Damit machen wir Politik erlebbar. Das ist enorm wichtig. Denn dieser Rat sollte nicht bloss Weisungen, Postulate und Motionen abarbeiten. Unsere Aufgabe ist auch, das Verständnis für den Staat und das Gemeinwesen zu fördern. Wenn wir nur noch im Elfenbeinturm unter Ausschluss der Öffentlichkeit miteinander debattieren, haben wir alle verloren. Dann geht uns früher oder später der Nachwuchs aus.*

*Dieses Verständnis für den Staat und das Gemeinwesen ist aktueller denn je. Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine sind wir vermehrt auch mit der Frage konfrontiert: Für welche Werte stehen wir eigentlich ein? Was ist uns wichtig?*

*Eine Beantwortung fällt vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Konsumhaltung nicht leicht: Das eigene Haus, ein Auto, die X-Box und Netflix streamen – das kann es doch nicht gewesen sein!?*

*Im Leben geht es nicht darum ein möglichst hohes Vermögen zu scheffeln oder seinen persönlichen Egotrip durchzuziehen. Unsere Gesellschaft lebt vom Miteinander, vom Mitbestimmen und vom Mitwirken. Vom aktiven Miteinander, vom aktiven Mitbestimmen und vom aktiven Mitwirken. Egal ob jung oder alt, ob klein oder gross. Egal ob Frau, Herr oder Divers. Egal ob gelb, weiss, schwarz, rot oder grün. Wir alle sind Teil dieser Gesellschaft. Wir machen die Vielfalt und die Buntheit dieser Gesellschaft aus. Dazu braucht es alle, mit den unterschiedlichsten Ansichten und Vorstellungen. Es geht um die Inklusion jedes Einzelnen. Das Projekt ist die gemeinsame Zukunft.*

*Das sind die Werte, für die wir eintreten, die uns wichtig sind. Wir alle sind Bürgerinnen und Bürger, die sich ihre eigene Meinung bilden, für ihre Überzeugungen eintreten und die eigene Zukunft mitgestalten. Diese Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben prägt eine lebendige Gesellschaft. (Applaus)*

## **b) Wahl der 1. Vizepräsidentin oder des 1. Vizepräsidenten**

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Hans Denzler (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmzählerinnen verteilen jetzt die Wahlzettel in ihrem Block.

Haben alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgeben können?

Das ist der Fall.

Die Stimmzählerinnen sammeln jetzt die Wahlzettel in ihrem Block wieder ein und legen sie in die Urne.

Die Auszählung erfolgt hier im Saal.

## 1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	35
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	1
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	34
<b>absolutes Mehr</b>	<b>18</b>
Gewählt ist mit Stimmen:	32
Hans Denzler (SVP)	
Ferner erhielten Stimmen:	
Marco Ghelfi (Grüne)	1
Benjamin Streit (SVP)	1
massgebende Wahlzettel	34

(Applaus)

## Wahl

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Hans Denzler (SVP) wird als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2023/2024 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

### c) Wahl der 2. Vizepräsidentin oder des 2. Vizepräsidenten

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Ali Özcan (SP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Stimmzählerinnen verteilen jetzt die Wahlzettel in ihrem Block.

Haben alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgeben können?

Das ist der Fall.

Die Stimmzählerinnen sammeln jetzt die Wahlzettel in ihrem Block wieder ein und legen sie in die Urne.

Die Auszählung erfolgt hier im Saal.

## 1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	35
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	0
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	35
<b>absolutes Mehr</b>	<b>18</b>
Gewählt ist mit Stimmen:	32
Ali Özcan (SP)	
Ferner erhielten Stimmen:	
Andrea Grob (FDP)	1
Marco Kranner (Grünliberale)	1
Nina Nussbaumer (SP)	1
Massgebende Wahlzettel	35

(Applaus)

## Wahl

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Ali Özcan (SP) wird als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2023/2024 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

### d) Wahl der Stimmzählerinnen und Stimmzähler

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Anita Borer (SVP), Jürg Krauer (FDP) und Ursula Räuftlin (Grünliberale).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt. (Applaus)

## Wahl

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Anita Borer (SVP), Jürg Krauer (FDP) und Ursula Räuftlin (Grünliberale) werden als Stimmzählerinnen und Stimmzähler für das Amtsjahr 2023/2024 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

#### 4 Weisung 19/2022 des Stadtrates: Volksinitiative "Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse"

Für die Mehrheit der Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Hans Denzler (SVP)**: *An drei Sitzungen vom 30. Januar, 6. März und 27. März 2023 behandelte die KPB die Weisung 19 «Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse».*

*Neben Stadtrat Stefan Feldmann waren noch Stadtplaner Patrik Neuhaus und für die Verkehrsplanerin Manuela Raab anwesend. Stefan Feldmann erläutert die Weisung 19 nochmals ausführlich. Die Initiative wurde fristgerecht am 23. Juni 2022 eingereicht. Von den eingereichten Unterschriften wurden 625 geprüft und für gültig befunden. Die Initiative ist somit zustande gekommen.*

*Beim Bau der Moosackerstrasse befürchten die Initianten zusätzlichen Mehrverkehr. Dies besonders auf der Winterthurerstrasse, Berchtoldstrasse und Wilstrasse. Die Initiative verlangt, dass Stimmberechtigte darüber befinden können, ob der Stadtrat beim Kanton die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan beantragen soll. In diesem Zusammenhang hat die KPB erfahren, dass die Greifenseestrasse, über die das Volk ebenfalls abgestimmt hat und den Kanton ebenfalls aufgefordert hat, sie aus dem Richtplan zu streichen, noch immer im Richtplan ist. Stadtrat Stefan Feldmann verweist insbesondere auf das Stadtentwicklungskonzept (STEK). Die Moosackerstrasse ist Teil des Strassennetzes und Gesamtverkehrssystems in der aktuellen Planung «Stadtraum Uster 2035».*

*Die Aufwertung im historischen Kern kann nur erfolgen, wenn die wegfallenden Verkehrskapazitäten anderenorts kompensiert werden. Die Moosackerstrasse ist die einzige Möglichkeit, um die wegfallenden Kapazitäten aufzunehmen.*

*Die Moosackerstrasse ist nicht dazu gedacht, die Verkehrskapazität zu erhöhen. Über die Stossrichtung herrscht auch Einigkeit mit dem Kanton, dass beim Bau der Moosackerstrasse die Aufwertung des Stadtkerns in den Vordergrund rückt.*

*Wie die Begleitmassnahmen auf den verschiedenen Strassenabschnitten aussehen werden, kann momentan noch nicht beantwortet werden.*

*Die Stadt Uster kann in eigener Kompetenz ihre Zentrumsentwicklung vorantreiben, sobald die Abklassierung der Zentralstrasse und Zürichstrasse erfolgt ist. Es kommt auch die Frage auf, welche Strassen durch den Bau der Moosackerstrasse mehr belastet werden.*

*Es wird in der Kommission viel diskutiert über flankierende Massnahmen, 30-Zonen auf welchen Strassenabschnitten, Verkehrsregime in den einzelnen Strassen in Uster und um Uster herum. Mit welcher Geschwindigkeit kann am meisten Verkehr innerorts bewältigt werden?*

*Es ist in der Praxis so, dass mit einer Geschwindigkeit von 34 km/h die grösste Kapazität für die Verkehrsbewältigung gegeben ist. Auf Kantonsstrassen kann eine Temporeduktion beim Kanton lediglich bestellt, aber nicht von der Stadt Uster beschlossen werden.*

*Der Kanton hat 20% mehr Verkehr als Grundlage angenommen für die Planung. Das Verkehrsmo-  
dell Plots ist vom Kanton Zürich erarbeitet worden. Es zeigt die Auswirkungen des Doppelspuraus-  
baus der SBB und der geplanten Unterführungen auf. Die Modellberechnungen wurden jeweils auf  
die Abendspitzenstunden 17 bis 18 Uhr ausgelegt. Das Modell zeigt auch auf, wie die Verkehrs-  
ströme bei unterschiedlichen Massnahmen aussehen würden. Bei einer Sperrung der Zentralstrasse  
ohne Moosackerstrasse verlagert sich der Verkehr praktisch 1:1 auf die Apothekerstrasse. Wenn der  
Verkehr von der Zentralstrasse zur Moosackerstrasse verlagert werden sollte, dann sind entspre-  
chende Folgen zu erwarten. Mit der Unterführung Winterthurerstrasse und dem Verzicht auf die  
Strasse Uster West, wird der Stadtraum entsprechend zu gestalten sein.*

*Auch die Seefeldstrasse wird in der Kommission angesprochen. Da sich bei einer Realisation der  
Moosackerstrasse gleich zwei parallel führende Strassen auf kleinem Raum befinden, ist der Rück-  
bau der Seefeldstrasse diskutiert worden, um das Gebiet Richtung See aufzuwerten.*

*Der Stadtrat argumentiert im Gegenvorschlag, dass eine Zentrumsentwicklung nur möglich ist,  
wenn die Moosackerstrasse in den Mobilitätszielen des STEK miteinbezogen wird, um die Zentrums-  
entwicklung entlang von Zentralstrasse, Sternenplatz und Zürichstrasse zu ermöglichen. Im Gegen-  
zug werden flankierende Massnahmen auf den einzelnen Strassenabschnitten im Stadtkern ver-  
langt.*

*In der Kommission wird noch ein Änderungsantrag von Ziffer 4 im Gegenvorschlag gestellt:*

- *Abklassierung und Übernahme der im kantonalen Richtplan bezeichneten Abschnitte der Zürichstrasse, Sternenplatz, Zentralstrasse, Talackerstrasse und Riedikerstrasse ins kommunale Strassennetz*
- *Umgestaltung und Rückbau dieser Abschnitte sowie Einführung von einer Temporeduktion*
- *Rückbau der Seefeldstrasse zwischen Riedikon und dem Ortseingang Niederuster*
- *Einrichten von Temporeduktionen auf der Wilstrasse, der Berchtoldstrasse, der Apotheckerstrasse und der Blindenholzstrasse*

*Der Antrag aus der Kommission erhält 4 Stimmen. Der Antrag Stadtrat erhält 5 Stimmen. Damit ist dem Antrag Stadtrat zugestimmt worden.*

*Die Kommission Planung und Bau beschliesst den Gemeinderat zu beantragen:*

1. *Von Zustandekommen und dem Inhalt der Volksinitiative «Kulturland – Initiative gegen die Moosackerstrasse» wird Kenntnis genommen. Diese lautet wie folgt: «Der Stadtrat von Uster hat beim Kanton Zürich die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan zu beantragen».*
2. *Die Volksinitiative wird für gültig erklärt.*
3. *Die Volksinitiative wird abgelehnt.*
4. *Der Gegenvorschlag des Stadtrates wird abgelehnt.*

*Warum wird der Gegenvorschlag des Stadtrates abgelehnt? Die Mehrheit der Kommission befürchtet, dass der Stadtratsbeschluss 58 als «überladen» die Bevölkerung abschrecken wird.*

*Dem Gemeinderat wird noch ein Minderheitsantrag gestellt.*

Für die Minderheit der KPB referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Die Minderheit der KPB beantragt Ihnen einen anderen Gegenvorschlag. Dieser lautet:*

*Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates wird zugestimmt. Dieser lautet wie folgt: «Die Stadt Uster knüpft den Bau der Moosackerstrasse an folgende gleichzeitig mit dem Bau zu erfüllenden Massnahmen:*

- *Abklassierung und Übernahme der im kantonalen Richtplan bezeichneten Abschnitte der Zürichstrasse, Sternenplatz, Zentralstrasse, Talackerstrasse und Riedikerstrasse ins kommunale Strassennetz*
- *Umgestaltung und Rückbau dieser Abschnitte sowie Einführung einer Temporeduktion*
- *Rückbau der Seefeldstrasse zwischen Riedikon und dem Ortseingang Niederuster*
- *Einrichten von Temporeduktionen auf der Wilstrasse, der Berchtoldstrasse, der Apotheckerstrasse und der Blindenholzstrasse»*

*Weshalb dieser Antrag? Ganz einfach: Wenn wir schon eine Strasse bauen, dann muss es deutlich mehr Gewinner als Verlierer geben. Beim Gegenvorschlag des Stadtrats ist es anders: Gibt es viel mehr Verlierer als Gewinner oder anders gesagt mehr Nachteile als Vorteile. Wenn es nicht gelingt aufzuzeigen, dass die Vorteile der Moosackerstrasse die Nachteile überwiegen, dann muss das Vorhaben ernsthaft hinterfragt werden.*

- *Weshalb sollen wir eine Strasse bauen, die die Zentralstrasse auf etwa 500 Meter entlastet, aber ein Gebiet Wil auf einer ähnlichen Länge neu belastet, ein Gebiet, das noch gar keine Strasse hat? Und die Strassen dort u. U. in hohe Lärmschutzwände oder Lärmschutzwälle gepackt werden müssen.*
- *Weshalb sollen wir ausgerechnet quer zur hochgelobten Velokomfortroute Zentrum-See eine neue Durchgangssachse für Auto ermöglichen?*
- *Wie bitte soll das Zeughaus ans Zentrum und näher an den Bahnhof kommen, wenn wir genau davor die neue Nord-Süd-Achse reinlegen?*
- *Wieso sollen wir das Naherholungsgebiet zwischen Friedhof und See mit einer zweiten Strasse «verlärmern»?*
- *Wie garantieren wir die Verkehrssicherheit unserer Schülerinnen und Schülern, wenn die Wilstrasse die neue Hauptverkehrsachse wird und diese unmittelbar vor dem Schulhaus Pünt und dem Bildungszentrum durchführt?*
- *Wieso sollen wir bestes Ackerland zupflastern, ohne dies zu kompensieren?*
- *Weshalb soll der Kanton eine neue Strasse bauen, ohne dass er sich gleichzeitig verpflichtet, die nötigen flankierenden Massnahmen zu finanzieren?*

- *Wieso laufen wir die Gefahr, dass Nossikon von zusätzlichem Verkehr belastet wird, vor allem dann wenn die Unterführung Aathlstrasse doch noch kommt?*
- *Wieso wird gesagt, man bräuchte die Moosackerstrasse für die Umgestaltung der Zürichstrasse, obwohl auf der Zürichstrasse damit keine spürbare Entlastung eintrifft? Oder anders, weshalb bauen wir nicht schon morgen die Zürichstrasse zu einem Stadtraum um?*

*Der Gegenvorschlag liefert auf viele dieser Fragen Antworten: Er*

- *definiert eine klare neue Verkehrsachse, auf der aber nicht schnell gefahren werden darf;*
- *macht das Erholungsgebiet im Seefeld grösser und ruhiger;*
- *kompensiert zum grossen Teil den Fruchtfolgeflächenverlust;*
- *macht andere Achsen unattraktiv für den Durchgangsverkehr*
- *nimmt den Kanton in die Pflicht, die nötigen flankierenden Massnahmen zu finanzieren und nicht die Ustermer Steuerzahler und*
- *ermöglicht wie der Gegenvorschlag des Stadtrats den Umbau der Zentralstrasse. Oder kurz:*

*Der Gegenvorschlag generiert mehr Vorteile, die mit der Moosackerstrasse ausgespielt werden können; er ist aber auch nicht perfekt, auch mit diesem Gegenvorschlag gibt es Verliererinnen und Verlierer; versucht aber wenigstens ernsthaft die Nachteile zu minimieren.*

*Damit wir schneller zur Wahlfeier schreiten können, nehme ich die Kritik, die der Stadtrat oder andere Ratsmitglieder äussern könnten, gleich vorweg: Ja, die Seestrasse wird vielleicht auf einem Abschnitt stärker belastet; ja, was ein Rückbau der Seefeldstrasse konkret bedeutet, wissen wir nicht; ja, es führt an vielen Orten zu Änderungen am Temporegime; und ja, viele der aufgeworfenen Fragen und Themen wurden in der stadträtlichen Weisung nicht beleuchtet. Die Minderheit der KPB spürte aber auch keinen Willen der Kommission und des Stadtrates, diese vertieft zu prüfen. Wir sind überzeugt: eine neue Moosackerstrasse wird nur dann Akzeptanz finden, wenn die Vorteile die Nachteile deutlich überwiegen. Der Gegenvorschlag der Minderheit der KPB ist sicher ein besserer Ansatz als vieles anderes.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Marco Kranner (Grünliberale)**: *Die Kulturland-Initiative verlangt, dass die Moosackerstrasse aus dem Kantonalen Richtplan zu streichen ist. Die Initianten verweisen dabei auf den möglichen Mehrverkehr, welcher diese Massnahme verursachen könnte.*

*Wir leben in einer Stadt mit Wachstum und in dessen Entwicklung ist generell davon auszugehen, dass Mehrverkehr entstehen wird. Die Verhinderung der Moosackerstrasse wird aus unserer Sicht das Verkehrswachstum nicht abwenden und wird dazu führen, dass sich der zunehmende Verkehr sich weiter durch die Stadtmitte zwängt. Man kann in Zürich an einem Arbeitstag um 18.00 Uhr auch nicht erwarten, dass man staufrei durch die Stadt kommt.*

*Deshalb sollte aus der Sicht der Grünliberale/EVP-Fraktion der Fokus auf der Kanalisierung des Verkehrs gelegt werden. Der Bau der Moosackerstrasse wäre dabei ein zentrales Element, um den Verkehr auf eine zentrale Achse zu legen und die umgebenden Strassen zu entlasten. Die geplante Unterführung an der Winterthurerstrasse würde die Zusammenlegung auf diese Achse zusätzlich unterstützen.*

*Der Stadtrat hat zur Initiative einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher vorsieht, dass nebst dem Bau der Moosackerstrasse Abklassierungen einiger Stassen eingeleitet werden, welche zur Aufwertung des Stadtzentrums für den Velo- und Fussgängerverkehr führen. Diese Massnahmen sollen das Stadtzentrum generell für die Bewohner aufwerten und attraktiver machen.*

*Der Minderheitsantrag der KPB beinhaltet aus der Sicht der Grünliberale/EVP-Fraktion zu viele einschneidende Massnahmen und könnte beim Volk zu einer Ablehnung führen. Aus diesem Grund empfiehlt die Grünliberale/EVP-Fraktion, dass der Gemeinderat den KPB-Minderheitsantrag ablehnt und dem Gegenvorschlag des Stadtrats zustimmt, damit es eine reale Chance für die Umsetzung der Moosackerstrasse gibt und dass der Hauptverkehr bald aus der Stadtmitte verschwindet.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Jürg Krauer (FDP)**: *Es kommt mir gerade sehr gelegen, dass ich ab sofort wieder im Plenum sitze und darum bei dieser Weisung etwas sagen darf, was politisch gefärbt ist. Denn diese Initiative ist entscheidend für die Zukunft der Stadt Uster und die Attraktivität dieser Stadt liegt mir am Herzen.*

*Es ist die dritte Initiative der Grünen in den letzten paar Jahren und es ist die dritte Initiative, welche als Wolf im Schafspelz daherkommt.*

*Bei der Waldinitiative wurde durch das Ja zur Initiative ein ökologisch verkümmertes Waldstück geschützt und so eine ökologisch wertvolle Aufforstung verhindert. Ein Projekt, welches der nächsten Generation zugutegekommen wäre. Zudem muss nun der benötigte Kies für all die Bauprojekte in Uster von weit herangekarrt werden, was zum einen klimaschädlich ist und zum anderen auch die Bildung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Uster verhindert.*

*Bei der Grossriet-Initiative wurde die kommende Generation seiner Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, indem eine Reservefläche in Landwirtschaftszone umgezont wurde und so künftig nicht mehr entwickelt werden kann.*

*Zwei Mal ist nun die Ustermer Stimmbevölkerung von dieser ideologischen Politik geblendet worden, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein drittes Mal darf dies nicht mehr passieren! Uns muss die Zukunft der Stadt Uster wichtiger sein.*

*Die Sachlage ist relativ simpel. Kann die Moosackerstrasse nicht gebaut werden, kann das Zentrum nicht vom MIV entlastet werden. Oder noch einfacher gesagt: Diese Initiative ist der Todesstoss für ein attraktives Zentrum!*

*Art. 104 Kantonsverfassung (KV) besagt, dass der Kanton für ein leistungsfähiges Staatsstrassennetz für den motorisierten Privatverkehr sorgen muss. Eine Verminderung der Leistungsfähigkeit einzelner Abschnitte ist im umliegenden Strassennetz mindestens auszugleichen. Das überkommunale Strassennetz muss also funktional bleiben und daher ist eine Entlastung des Zentrums vom MIV nur mit dem Bau der Moosackerstrasse möglich.*

*Wir können das gut oder schlecht finden, aber der Kanton Zürich rechnet bis ins Jahr 2040 mit einer Zunahme des MIV um 20%. Diese Fahrzeuge brauchen Platz!*

*Dass die Grünen diese Tatsache nicht eingestehen wollen und den MIV idealerweise komplett verbieten wollen, ist hinlänglich bekannt. Dass aber andere Parteien in diesem Ratssaal dieses Spiel mitspielen, ist neu und überrascht. Denn seit Jahren arbeiten alle Parteien auf ein attraktiveres Zentrum hin, unzählige Stunden wurden in Echoräumen und Begleitgruppen investiert, das Team der Stadtplanung hat unzählige Folien gepinselt, Konzepte und Berichte geschrieben und Pläne skizziert. Waren alle diese Stunden, dieser ganze Aufwand, dieses ganze Steuergeld für die Katz? Sagt der Rat heute Ja zur Initiative, hinterlässt dies die Ustermer Stadt- und Verkehrsplanung als Scherbenhaufen und wir beginnen wieder auf Feld 1.*

*Selbstverständlich ist die Verkehrsplanung dynamisch und die Voraussetzungen können sich ändern, aus diesem Grund wird es beim Bau der Moosackerstrasse auch flankierende Massnahmen brauchen! Mögliche Massnahmen haben wir bereits gehört.*

*Der alternative Gegenvorschlag der KPB-Minderheit kann allerdings kein ernstgemeinter Lösungsvorschlag sein, sondern soll vermutlich einzig und allein dazu beitragen, dass der Gegenvorschlag mehr Gegner bekommt und die Initiative angenommen wird.*

*Die FDP/Die Mitte-Fraktion unterstützt daher den Gegenvorschlag des Stadtrates. Dieser gibt die korrekte Stossrichtung vor, lässt aber noch genügend Möglichkeiten, damit die Verkehrsführung zum Zeitpunkt der Realisierung auf die dannzumaligen Verkehrsverhältnisse und Bedürfnisse der Stadtplanung optimiert werden kann. Diese Flexibilität müssen wir uns unbedingt bewahren.*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie zugunsten einer attraktiven Stadt Uster, die Initiative abzulehnen und den Gegenvorschlag des Stadtrates anzunehmen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Debora Zahn (Grüne)**: *Die Moosackerstrasse wurde vor Jahrzehnten als zusätzliche Hauptverkehrsstrasse zusammen mit der Strasse Uster-West geplant. Deshalb ist sie noch heute im kantonalen Richtplan hinterlegt. Das Projekt Uster West erhielt im November 2018 den Todesstoss, als das Baurekursgericht die Pufferzonen des Regierungsrats als ungenügend taxiert hat. Bis auch der Regierungs- und der Stadtrat zur Einsicht gelangten, dass sie das Projekt Uster West nicht realisieren können, dauerte es nochmals eineinhalb Jahre. Nun ist es an der Zeit, uns auch von geplanten Moosackerstrasse zu verabschieden. Sie ergibt schlicht und einfach keinen Sinn mehr. Hier die wichtigsten Gründe, die gegen ihren Bau und gegen eine weitere Planungsleiche sprechen.*

*1. Klima: In der Schweiz macht der Verkehr fast ein Drittel unseres CO<sub>2</sub>-Ausstosses aus. Beim Verkehr haben wir also einen grossen Hebel, unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren. Auch der neuste Bericht des Weltklimarates zeigt ganz klar auf: Wir müssen jetzt handeln, um gemäss Pariser Klimaabkommen die Zunahme der Temperatur auf 1.5 Grad zu beschränken. Als Parlament von Uster haben wir es heute in der Hand, einem klima- und umweltschädlichen Projekt eine klare Absage zu erteilen.*

2. Kulturland und Naherholungsgebiet: Im Kanton Zürich verschwinden jedes Jahr rund 175 Hektaren Land unter Asphalt und Beton. Mit dem Bau der Moosackerstrasse würde in Uster wertvolles Kulturland und Naherholungsgebiet verloren gehen. Uster muss sich entscheiden: Möchten wir die letzten Grünflächen dem Verkehr opfern oder wollen wir wertvolles Kulturland und Naherholungsgebiet schützen?

3. Widerspruch zur Gemeindeordnung 2022: Die projektierte Moosackerstrasse steht im klaren Widerspruch zur neuen Gemeindeordnung 2022 von Uster. Diese verlangt, dass sich die Stadt Uster «aktiv für die Sicherung von Kulturland und den öffentlichen Grünraum auf dem gesamten Gemeindegebiet» einsetzt (Art. 3, Abschnitt 6). Für uns Grüne ist es unverständlich und inakzeptabel, dass sich der Stadtrat dermassen klar gegen den klaren Volkswillen hinwegsetzt und an der Moosackerstrasse festhält.

4. Biodiversität: Mit der Versiegelung des Bodens geht wichtiger Lebensraum für unzählige Lebewesen verloren.

5. Verkehr: Die Verkehrsforscherinnen und Verkehrsforscher sind sich einig: Ein Ausbau des Verkehrssystems führt langfristig zu mehr Verkehr. Das lässt sich seit Jahrzehnten beobachten. Neue Strassenprojekte, welche eigentlich zur Entlastung gebaut werden, lindern die Problematik der Verkehrsüberlastung nur kurzfristig. Es kommt zu einem sogenannten Rebound-Effekt. Neu geschaffene Verkehrs-Kapazitäten werden mit der Zeit durch die Nachfrage überkompensiert. Auf gut Deutsch: Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten.

Auch der Stadtrat erkennt in seiner Weisung, dass die Moosackerstrasse ohne zusätzliche Massnahmen den gewünschten Effekt auf der Zentralstrasse nicht vollständig erzielt. Selbst für den Stadtrat sind sehr viele flankierende Massnahmen nötig, damit die Moosackerstrasse auch für ihn Sinn ergibt. Für uns Grüne stellt sich die Frage, wieso es diese Strasse braucht? Welchen Mehrwert bringt sie uns überhaupt – ausser vielleicht einer zeitlich begrenzten Entlastung eines Teils des Stadtzentrums?

Wenn wir langfristige und weitsichtige Verkehrspolitik machen wollen, kommen wir unweigerlich zum Schluss: Die Moosackerstrasse bringt uns keinen Mehrwert, sondern schafft nur weitere Probleme oder verlagert sie: so werden andere Quartiere in Uster noch stärker durch Verkehr und somit Lärm belastet. Namentlich die entlang der Winterthurerstrasse, Bärchtoldstrasse, Wilstrasse und der Seestrasse. Aber auch Schulwege wären betroffen, etwa zum Schulhaus Pünt und zum Bildungszentrum. Hören wir bitte damit auf, unsere Stadt primär aus der Sicht des motorisierten Individualverkehrs zu planen und beginnen wir endlich damit, echte klimafreundliche Alternativen zu fördern. Auch die Behauptung, das Stadtzentrum könne ohne Moosackerstrasse nicht verkehrsberuhigt werden, stimmen nicht. Andernorts hat der Kanton Zürich Tempo 30 auf Kantonsstrassen bereits eingeführt oder plant dies. Wir Grüne sind überzeugt, dass das Zentrum und insbesondere die Zürich- und Zentralstrasse auch ohne Moosackerstrasse für den Langsamverkehr aufgewertet werden können. Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg zu einem hochwertigen öffentlichen Raum und damit für mehr Lebensqualität.

Wir alle möchten in einem lebenswerten, attraktiven Uster leben. Wir Grüne möchten den kommenden Generationen dereinst nicht erklären müssen, warum wir in unserer Stadt eine weitere Grünfläche einer unnötigen Strasse geopfert haben, welche noch mehr Verkehrs-, Lärm- und Umweltprobleme mit sich brachte. In Zeiten einer hoch akuten Klima- und Biodiversitätskrise ist ein solches Strassenprojekt schlicht und einfach ein Affront.

Für mehr grün statt grau und weil die Zeit drängt. Wer für eine lebenswerte Zukunft auch in Uster ist, stimmt unserer Kulturland-Initiative zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler (SVP)**: Die Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse verlangt die Streichung aus dem Richtplan des Kanton Zürich. Da es sich um ein kantonales Vorhaben handelt, kann der Stadtrat an den Kanton nur ein Begehren stellen.

Klar ist auch, dass bei einer Zentrumsentwicklung (STEK) man nicht auf die Moosackerstrasse verzichten kann. Auch dem Stadtrat ist es klar, dass ohne den Bau der Moosackerstrasse keine Verkehrsberuhigung im Stadtkern möglich ist.

Mit dem Gegenvorschlag möchte der Stadtrat an den Bau der Moosackerstrasse gleichzeitig die Abklassierung gewisser Strassenabschnitte knüpfen. Es wird auch schon relativ detailliert aufgezeigt, was für Massnahmen auf verschiedenen Strassenabschnitten zu erfolgen haben.

Die Moosackerstrasse ist auch ein Teil um das STEK umzusetzen. Der Gegenvorschlag ist sehr umfangreich und detailliert.

Dem Volk zu erklären, welcher Strassenabschnitt 30 Zonen bekommen soll, welche Strassen im Einbahnverkehr geführt werden, wo der ÖV durchfahren kann und wo nicht und wo welche Strassenschilder angebracht werden und zum Schluss wo wir Strassencafés erwarten dürfen.

Aus unserer Sicht ist es noch nicht der richtige Zeitpunkt, über so detaillierte Anliegen zu diskutieren. Es sind viele Fragen noch nicht beantwortet:

- Wann wird die Lücke der Oberlandautobahn geschlossen?
- Welche Bahnunterführungen werden realisiert und wann?
- Wie und wo soll der Verkehr durch Uster geführt werden?
- Wie möchte man die Achse Stadthaus / Zeughausareal gestalten? Da eine wichtige Verkehrsachse am Zeughausareal vorbeiführt.

Durch die Streichung der Uster-West-Umfahrung durch den Kanton, ist für Uster eine neue Situation entstanden, wie man den Verkehr führen möchte.

Wann und ob die Moosackerstrasse je realisiert wird, dass kann zum heutigen Zeitpunkt niemand beantworten.

Es ist sicher wichtig, dass eine neue Strasse nur gebaut wird, wenn sie in allen Belangen Vorteile bringt, also Stadtentwicklung, Verkehrsführung und Umwelt.

All die Diskussionen sind sicher angebracht, wenn mehr Fakten auf dem Tisch liegen, mit denen man zuverlässig arbeiten und planen kann. Darum macht es auch Sinn, die Moosackerstrasse im heutigen Zeitpunkt im Richtplan zulassen. Wir lehnen die Weisung, wie auch den Gegenvorschlag des Stadtrates ab.

Für die SP-Fraktion referiert **Karin Niedermann (SP)**: Sie haben über die Diskussion in der KPB zur Weisung vorhin gehört und auch über die Kernanliegen der beiden Gegenvorschläge.

Die Initiative geniesst in der SP Sympathien, aber wir stehen auch zum STEK und sehen Schwierigkeiten für die Umsetzung des Konzepts auf der Seite Uster Ost ohne die Moosackerstrasse.

Die SP hat lange diskutiert: Einerseits über die beiden Gegenvorschläge, andererseits über die Initiative selber und besonders ob wir eine Abstimmung zur Initiative noch in diesem Jahr sinnvoll finden oder nicht.

Zu den Gegenvorschlägen: Einen Gegenvorschlag finden wir grundsätzlich wichtig, da er dem Bau einer neuen Strasse gewisse kompensierende Massnahmen abringt. Den Gegenvorschlag der Stadt finden wir aber zu schmalbrüstig. Da sollten gewichtigere Massnahmen vorgesehen werden als Preis dafür, dass die Moosackerstrasse gebaut werden kann. Das versucht der Gegenvorschlag, der als Minderheitsantrag formuliert ist. Er will konkretere Massnahmen als „Gegengeschäft“ für eine neue Strasse.

Zum Abstimmungsverhalten der SP Fraktion betreffend Initiative: Natürlich geht es auch um ein Votum für oder gegen eine neue Strasse. Es geht aber auch darum, ob eine Klärung dieser Frage, das heisst eine Volksabstimmung zum jetzigen Zeitpunkt, Sinn macht – und jetziger Zeitpunkt heisst eben vor der Revision des Richtplanes. In der Fraktion waren einige der Meinung ja und lehnen darum die Initiative ab. Andere meinen nein, besser warten mit einer Volksabstimmung bis die Umsetzungsvorlage formuliert ist, in der Erwartung, dass der Gegenvorschlag in der Umsetzungsvorlage noch etwas geschärft wird. In diesem Fall müsste das Ergebnis einer Volksabstimmung allenfalls dann eben in einer ersten Richtplan Revision einfließen.

**Paul Stopper (BPU) beantragt Redezeitverlängerung (Art. 68 Abs. 2 OrgErl GR) um drei Minuten, dem der Gemeinderat zustimmt:** Das Prozedere ist klar: Mit einem vom Gemeinderat angenommenen Gegenvorschlag hat das Volk zwischen Initiative und Gegenvorschlag zu entscheiden. Wenn auf einen Gegenvorschlag verzichtet wird, hat ebenfalls das Volk zu entscheiden, wenn der Gemeinderat die Initiative ablehnt. Bei einer Zustimmung des Gemeinderates zur Initiative (und Ablehnung des Gegenvorschlages) wird die Initiative zum Beschluss erhoben.

In aller Regel sind Gegenvorschläge dazu da, Verwirrung zu stiften und die Lager aufzuteilen. Das versucht der Stadtrat bereits bei den beiden Volksinitiativen zu Nänikon. Das Volk hat aber Klartext gesprochen: Ja zu den Volksinitiativen (gegen die Neue Greifenseestrasse und Erhalt Kulturland), nein zu den stadträtlichen Gegenvorschlägen.

Ich verstehe es nicht, weshalb der grün-rote (oder rot-grüne?) Stadtrat nach so vielen, jahrelangen Diskussionen über unnütze Strassenprojekte in Uster nicht den Mut aufbringt, die Moosackerstrasse abzulehnen, resp. dem Kanton zu beantragen, diesen Strich aus den sechziger Jahren aus dem kantonalen Richtplan zu entfernen.

*Früher kämpften wir gegen bürgerliche Stadträte, jetzt müssen wir gegen die grün-rote Phalanx antreten, weil sie dieselben bürgerlichen Ideen ihrer Vorgänger weiterverfolgen, wie wenn in der Zwischenzeit nichts passiert wäre.*

*Die Moosackerstrasse ist doch der klägliche Rest einer einstmals grossspurig geplant gewesenen Westtangente vom «Anschluss Uster Nord» über die Strasse «Uster West», durch das Eschenbühl, mit einer Brücke über den Zellwegerweiher und dann durch das Landwirtschaftsland zur Riedikerstrasse.*

*Was mit Riedikon geschehen soll, ist im Zusammenhang mit der Moosackerstrasse nie gesagt worden. Dieses kleine Nest würde vollständig überfahren. Da nützt auch eine 30-er-Tempo-Zone nicht mehr viel.*

*Was will der Gegenvorschlag des Stadtrates? Im Gegenvorschlag des Stadtrates steht: «Die Stadt Uster knüpft den Bau der Moosackerstrasse an die gleichzeitige Abklassierung und Übernahme der im kantonalen Richtplan bezeichneten Abschnitte der (...) ins kommunale Strassennetz. Der Stadtrat wird beauftragt, zeitgleich zur Umsetzung der Moosackerstrasse diese Strassenabschnitte im Sinne des Stadtentwicklungskonzeptes aufzuwerten».*

*Die Reihenfolge wäre also folgende: zuerst abklassieren und anschliessend soll die Stadt Uster (und nicht etwa der Kanton) die abklassierten Strassen umgestalten.*

*Ich vermute, dass der Stadtrat sicher weiss, dass solche Umgestaltungen eine Stange Geld kosten würden. Berappt durch uns Ustermer Steuerzahler. Herzlichen Dank für diese grosszügige Übernahme der Kosten durch uns Ustermer.*

*Dass der Stadtrat wild entschlossen ist, diesen Irrweg zu begehen, bekräftigt er in seiner Weisung wie folgt: „Mit dem Bau der Moosackerstrasse kann der Kanton die übergeordneten Verkehrsbedürfnisse auf diese Achse konzentrieren und die Ansprüche an die Achse Zürichstrasse – Zentralstrasse – Talackerstrasse – Riedikerstrasse fallen weg. Damit erhält die Stadt Uster die Gelegenheit, diese Strassen in ihr Eigentum zu übernehmen und die Gestaltungshoheit zu bekommen.“ Da würde ich als Kanton schmunzeln: Sollen sich doch die Ustermer Stadtbehörden mit dem Volk über die richtigen Massnahmen streiten, die sie selbst bezahlen dürfen.*

*Auch wenn die beigelegten Skizzen sehr schön daherkommen. Ich will keine Abklassierung der Strassen, damit ich dann später alles selber bezahlen muss.*

*Wenn schon ein Gegenvorschlag, dann einer, der dem Kanton klar sagt, dass eine Moosackerstrasse ohne flankierende Massnahmen (Flama) nicht in die Tüte kommt. Ich verzichte aber auf die Formulierung eines solchen Gegenvorschlages.*

*Schliesslich war es ja der Kanton, der die Zentralstrasse vor einigen Jahren verkehrsorientiert und nicht stadtverträglich umgebaut hat. Auf der Zentralstrasse existieren nicht einmal Velostreifen – auf dieser von vielen, zu vielen Lastwagen befahrenen Strasse.*

*Eine Umgestaltung muss meines Erachtens sowohl zeitlich als auch baulich unabhängig vom Bau einer Moosackerstrasse angepeilt werden, denn wenn die Umgestaltung und damit eine sicherere Zentral-, Talacker- und Riedikerstrasse vom Bau der Moosackerstrasse abhängig gemacht wird, sind wir sicher, dass nie etwas geschehen wird, weil der Kanton die Moosackerstrasse in den nächsten - zig Jahren kaum je erstellen wird.*

*Verquicken wir doch nicht wieder alles mit allem, sondern gehen wir Schritt für Schritt voran: Den Kanton verpflichten, rasch wirksame und sichere Massnahmen zu ergreifen (auf seine Kosten).*

*Der Entscheid für oder gegen die Moosackerstrasse muss aber jetzt gefällt werden – nach mehr als vierzig Jahren fruchtloser Diskussion.*

*Meine Empfehlung:*

- Annahme der Initiative
- Ablehnung von jeglichen Gegenvorschlägen.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Besten Dank für die geführte Diskussion und die verschiedenen Argumente für und wider Initiative, für und wider zu den beiden zur Diskussion stehenden Gegenvorschlägen. Erlauben Sie mir zum Schluss, Ihnen nochmals die grundlegenden Gedanken des Stadtrates zu seiner Weisung darzulegen.*

*Es ist klar: Neue Strassen, wie die Moosackerstrasse eine ist, die sind heute nicht mehr «in». Der Schutz des Kulturlandes hat heute ein hohes Gewicht, das findet auch der Stadtrat. Allerdings, das ist auch die Meinung des Stadtrates, muss in jedem Fall eine Interessenabwägung vorgenommen und die Frage gestellt werden: Gibt es auch Vorteile, wenn eine solche Strasse gebaut wird?*

Bei der Neuen Greifenseestrasse – Sie mögen sich daran erinnern – hatte der Stadtrat solche Vorteile nicht gesehen und damals die Initiative der identischen Initianten inhaltlich gestützt. Differenzen gab es nur im Vorgehen. Und da muss ich Paul Stopper korrigieren: Bei der Neuen Greifenseestrasse hat sich in der Stichfrage der Gegenvorschlag des Stadtrates durchgesetzt. Bei der Moosackerstrasse hingegen sieht der Stadtrat – anders als bei der Neuen Greifenseestrasse – gute Gründe, die für einen Bau dieser Strasse sprechen.

Diese Gründe findet man im STEK, dort ist die Aufwertung des historischen Kerns von Uster als eines der zwölf Schlüsselprojekte definiert worden: Also die Abklassierung dieser Strasse, der Rückbau von Strassenraum und damit das Zurückgewinnen von Stadtraum für die Menschen in dieser Stadt. Wir wollen für unsere Bevölkerung eine bessere Aufenthaltsqualität auch im alten Dorfkern von Uster schaffen. Wie das aussehen könnte, haben wir Ihnen ja in dieser Weisung mit einigen Bildern visuell dargestellt.

Klar ist – und daran führt letztlich kein Weg vorbei – diese Pläne können nur beim Bau der Moosackerstrasse verwirklicht werden. Das ist darum so, weil die Kantonsverfassung vorschreibt, dass der Kanton eine Verminderung der Kapazität auf Kantonsstrassen nur dann machen kann, wenn er die wegfallenden Kapazitäten umliegend kompensiert. Ein Rückbau – und das ist eben mehr als nur Tempo 30, wie von den Grünen ins Spiel gebracht – im historischen Kern ist also nur möglich, wenn er anderswo – eben auf der Moosackerstrasse – diese Kapazitäten wieder zur Verfügung stellt. Man kann diese Regelung jetzt richtig oder – wie ich das persönlich tue – falsch finden. Tatsache ist aber: So ist die Rechtslage, und an dieser kommen wir nicht vorbei.

Und das führt dazu, dass Sie alle und später auch die Stimmberechtigten letztlich eine Interessenabwägung vornehmen müssen: Keine neue Strasse bauen oder den historischen Kern aufwerten? Das ist keine einfache Wahl, aber am Schluss müssen Sie sich für das eine oder das andere entscheiden, beides können Sie nicht haben. Und wer etwas anderes behauptet, der macht sich und der Stimmbewohner – ich bitte um Entschuldigung, wenn ich das so offen sage – etwas vor! Der Stadtrat hat diese Interessenabwägung auch gemacht. Er will weiter an der Aufwertung des historischen Kerns festhalten. Und damit das möglich ist, lehnt er die Initiative entsprechend ab. Aber – weil eben ein direkter Zusammenhang besteht zwischen einem Bau dieser neuen Strasse und der Aufwertung des historischen Kerns – hat er einen Gegenvorschlag formuliert, der den Bau der Moosackerstrasse an die Bedingung knüpft, dass parallel dazu die Aufwertung auch wirklich stattfindet. Damit soll auch der Befürchtung begegnet werden, dass man am Schluss zwar die Strasse, aber keinen aufgewerteten Kern hat, man am Schluss also sogar mehr Strassenkapazität hat als vorher. Das will auch der Stadtrat nicht. Und das will übrigens auch der Kanton nicht – und da könnten die Grünen ja auch ein wenig Vertrauen in den aktuellen Baudirektor haben.

Eine Minderheit der KPB möchte den Gegenvorschlag noch mit weiteren Elementen anreichern. Inhaltlich sind diese zusätzlichen Punkte durchaus nachvollziehbar, einige – wie z. B. Temporeduktionen auf gewissen Kantonsstrassen-Abschnitten – stehen im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen zum Doppelspur-Ausbau sowieso zur Diskussion. Mit diesem erweiterten Gegenvorschlag besteht aber aus Sicht des Stadtrates die Gefahr, dass damit das Fuder überladen wird.

Der Stadtrat hält seinen Gegenvorschlag für konziser und damit auch für einfacher zu vermitteln. Aus diesem Grund hält der Stadtrat auch an seinem Gegenvorschlag fest.

Ich komme damit zum Schluss: Sie stehen jetzt vor der klassischen „Föifer- und Weggli-Frage“: Der Fünfer ist keine neue Strasse bauen, das „Weggli“ ist ein attraktiverer und aufgewerteter historischer Dorfkern, weniger Verkehr auf dieser Achse und mehr Platz für den Velo- und Fussverkehr. Aber wie immer bei „Föifer- und Weggli-Fragen“ gilt: Beides können Sie nicht haben, Sie müssen entscheiden, was Ihnen wichtiger ist.

Im Namen des Stadtrates beantrage ich Ihnen, dem Antrag des Stadtrates zu folgen, die Initiative abzulehnen und seinem Gegenvorschlag zuzustimmen.

### **Detailabstimmungen**

Bei der Detailberatung kann auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Der Antrag gilt als Beschluss (Art. 74 Abs. 4 OrgErl GR).

Der Stadtrat hält an seiner Weisung unverändert fest, womit wir die Detailabstimmungen auszählen werden.

**Die Minderheit der KPB beantragt in Anwendung von Art. 15 Abs. 4 OrgErl GR folgende Änderung von Ziffer 4 Dispositiv (Gegenvorschlag des Gemeinderates):**

Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates wird zugestimmt. Dieser lautet wie folgt: «Die Stadt Uster knüpft den Bau der Moosackerstrasse an folgende gleichzeitig mit dem Bau zu erfüllende Massnahmen:

- Abklassierung und Übernahme der im kantonalen Richtplan bezeichneten Abschnitte der Zürichstrasse, Sternenplatz, Zentralstrasse, Talackerstrasse und Riedikerstrasse ins kommunale Strassennetz
- Umgestaltung und Rückbau dieser Abschnitte sowie Einführung von einer Temporeduktion
- Rückbau der Seefeldstrasse zwischen Riedikon und dem Ortseingang Niederuster
- Einrichten von Temporeduktionen auf der Wilstrasse, der Berchtoldstrasse, der Apothekerstrasse und der Blindenholzstrasse»

**Die Mehrheit der KPB lehnt diesen Antrag ab.**

Mehrheit: Hans Denzler (SVP), Referent; Präsident Markus Ehrensperger (SVP), Jürg Krauer (FDP), Ulrich Schmid (SVP), Benjamin Streit (SVP)

Minderheit: Balthasar Thalmann (SP), Referent; Karin Niedermann (SP), Ursula Räuftlin (Grünliberale)

**Der Stadtrat hält an seinem Gegenvorschlag gemäss Ziffer 4 Dispositiv fest:**

Dem Gegenvorschlag des Stadtrates wird zugestimmt. Dieser lautet wie folgt: «Die Stadt Uster knüpft den Bau der Moosackerstrasse an die gleichzeitige Abklassierung und Übernahme der im kantonalen Richtplan bezeichneten Abschnitte der Zürichstrasse, Sternenplatz, Zentralstrasse, Talackerstrasse und Riedikerstrasse ins kommunale Strassennetz. Der Stadtrat wird beauftragt, zeitgleich zur Umsetzung der Moosackerstrasse diese Strassenabschnitte im Sinne des Stadtentwicklungskonzeptes aufzuwerten.»

Zuerst ist der Text des Gegenvorschlags zu bereinigen. Der Antrag Stadtrat und der Antrag der Kommissionsminderheit sind gleichgeordnete Anträge (Art. 75 Abs. 4 OrgErl GR). Geheime Abstimmung ist bei der Bereinigung gleichgeordneter Anträge ausgeschlossen (§ 25 Abs. 1 Gemeindegesetz [GG]).

**Der Antrag Stadtrat erhält 21 Stimmen.**

**Der Antrag Minderheit der KPB erhält 7 Stimmen.**

**Damit ist dem Antrag Stadtrat zugestimmt worden.**

**Schlussabstimmungen**

**Ziffer 1 wird mit 34:0 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 wird mit 34:0 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 3:** Wer die Volksinitiative annehmen will, stimmt mit JA. Wer die Volksinitiative ablehnen will, stimmt mit NEIN.

**Die Volksinitiative wird mit 9:25 Stimmen abgelehnt.**

**Ziffer 4:** Wer den Gegenvorschlag annehmen will, stimmt mit JA. Wer den Gegenvorschlag ablehnen will, stimmt mit NEIN.

**Der Gegenvorschlag wird mit 21:12 Stimmen angenommen.**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Vom Zustandekommen und dem Inhalt der Volksinitiative «Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse» wird Kenntnis genommen. Diese lautet wie folgt: «Der Stadtrat von Uster hat beim Kanton Zürich die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan zu beantragen.»**
- 2. Die Volksinitiative wird für gültig erklärt.**
- 3. Die Volksinitiative wird abgelehnt.**
- 4. Dem Gegenvorschlag des Stadtrates wird zugestimmt. Dieser lautet wie folgt: «Die Stadt Uster knüpft den Bau der Moosackerstrasse an die gleichzeitige Abklassierung und Übernahme der im kantonalen Richtplan bezeichneten Abschnitte der Zürichstrasse, Sternenplatz, Zentralstrasse, Talackerstrasse und Riedikerstrasse ins kommunale Strassennetz. Der Stadtrat wird beauftragt, zeitgleich zur Umsetzung der Moosackerstrasse diese Strassenabschnitte im Sinne des Stadtentwicklungskonzeptes aufzuwerten.»**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 5 Weisung 27/2023 des Stadtrates: Projektierungskredit von 1'166'500 Franken für die Gesamtsanierung der Liegenschaft Untere Farb und den Einbau des Stadtarchivs

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) referiert **Angelika Zarotti (SP)**: *Das Geschäft wurde an zwei Lesungen behandelt, anwesend waren jeweils Stadtpräsidentin Barbara Thalmann, Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales, Karin Reifler, Geschäftsfeldleiterin Liegenschaften, und Franziska Sidler, Leistungsgruppenleiterin Stadtarchiv.*

*Die Untere Farb hat eine lange Geschichte hinter sich, immerhin ist das Gebäude über 300 Jahre alt, steht seit 1984 unter Denkmalschutz und gehört der Stadt Uster seit 1987. Das Gebäude wurde als Färberei gebaut und in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Bauernwohnhaus mit Ökonomieteil umgebaut.*

*Das Stadtarchiv ist im Moment auf vier Standorten verteilt. In der Vergangenheit wurden verschiedene mögliche Standorte evaluiert. Es zeigte sich aber, dass die Untere Farb der geeignetste Standort ist.*

*Im Jahr 2014 fand ein Wettbewerb statt. Das Ziel war ein Projekt für die Nutzung der Unteren Farb als Stadtarchiv zu erhalten.*

*Aufgrund der Siegerprojektes wurde ein Gestaltungsplan erarbeitet, welcher im Februar 2016 vom Gemeinderat genehmigt wurde. Da gegen diesen Beschluss ein Referendum zustande kam, kam es im Mai 2017 zu einer Urnenabstimmung, bei welcher 59% der Stimmberechtigten der Vorlage zustimmten. Gegen diese Abstimmung wurde beim Bezirksrat ein Stimmrechtsrekurs eingereicht, welcher gutgeheissen wurde. So kam es erneut zu einer Volksabstimmung, und zwar im Mai 2019. Diesmal stimmten 73% der Stimmberechtigten dem Gestaltungsplan zu.*

*Im Gestaltungsplan ist vorgesehen, in der Färbereischeune das Stadtarchiv und die Paul-Kläui-Bibliothek unterzubringen. Der Bestand umfasst historische wie auch private Nachlässe von Vereinen, Stiftungen. Ebenfalls gibt es eine grosse Dokumentation über Uster und die Kunstsammlung der Stadt Uster. Die Leistungsgruppe Stadtarchiv ist momentan auf vier Standorte verteilt. Dies macht die Benutzung sowohl für Mitarbeitende wie auch Benutzende sehr mühsam. In die Untere Farb wird einzig das historische Archiv einziehen, was 10% der Akten ausmacht. Das Verwaltungsarchiv ist in den jeweiligen Abteilungen untergebracht. Die Dokumente werden weiterhin gemäss gesetzlicher Aufbewahrungsfrist dort bleiben und nach Ablauf geschreddert.*

*Mit dem Einzug in die Untere Farb wird für die LG Stadtarchiv mehr Platz entstehen und der Zugang für die Öffentlichkeit soll niederschwellig sein.*

*Durch den grösseren Platz ergeben sich Möglichkeiten für Aktivitäten wie Ausstellungen und Präsentationen der verschiedenen Archivalien und Druckwerke. Der Lesesaal im EG kann ohne Terminabsprache genutzt werden und es besteht die Möglichkeit in den reichhaltigen Beständen zu stöbern. Zur Benutzung des Archivs braucht es momentan eine Terminabsprache, was eher mühsam und beschwerlich ist.*

*In der Färberei soll im Erdgeschoss eine Gastronomie mit einer Küche, 36 Innen- und 35-40 Aussenplätzen entstehen. Die Küche ist auf einfache Gerichte ausgerichtet. Für die Gastronomie wurde bereits eine Ausschreibung gemacht und ein junges Paar hat sich beworben. Sie waren massgeblich bei der Erarbeitung des Projektes involviert, ebenso ein Gastroplaner, der als Berater das Projekt begleitete. Das zweite OG beinhaltet vermietbare Arbeitsräume, Noveos hat bereits Interesse bekundet. Im Dachgeschoss ist ein Teil der Lüftung untergebracht. Der Dachraum steht als Nistplatz für Vögel zur Verfügung, dies auf Anregung der Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz.*

*Auch auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Biodiversität wird ebenfalls Rücksicht genommen. Auf dem Dach darf keine Photovoltaik-Anlage erstellt werden. Für eine ressourcenschonende Heizung im Winter und Kühlung im Sommer wird ein Feld von 11-14 Erdsonden gebohrt.*

*In der Kommission entstanden viele Fragen zu dem Geschäft, die alle kompetent beantwortet werden konnten. Besten Dank dafür.*

*Ein grosser Diskussionspunkt in der Kommission war die Gastro, ob es eine Gastro brauche oder nicht. Wenn die Gastro jetzt schon gestrichen würde, wäre dies möglicherweise eine zu frühe Entscheidung, so der Rat der Verwaltung. Aus Denkmalschutzgründen darf im Erdgeschoss der Färberei ein professionelles Restaurant gebaut werden. Natürlich ist auf das inventarisierte Objekt Rücksicht zu nehmen. Die Kosteneinsparungen beim Verzicht auf einen Gastrobetrieb bei den technischen Anlagen belaufen sich auf ca. 550 000 Franken.*

Des Weiteren wurde nach einem noch einfacheren Gastronomieangebot gefragt und die dabei entstehenden Einsparungen. Mit dem Gastroplaner wurden sämtliche Möglichkeiten für eine kostengünstige Lösung besprochen. Durch den Verzicht auf warme Mahlzeiten müsste keine Lüftung eingebaut werden. Die Kosten für eine Gastronomie ohne warme Küche wurden aber nicht berechnet. Dies würde eine Umplanung nachziehen. Wenn auf die Gastronomie ganz verzichtet würde, würde dies eine Reduktion des Kredites um 116 500 Franken betragen. Die Einsparungen sind aber relativ gering, da bei einem Verzicht zusätzliche Umplankosten anfallen.

Die Scheune muss zwingend gestützt werden, auch dies führte zu Diskussionen bezüglich der Nutzung der Unterkellerung und den Kosten für den laufenden Unterhalt der Liegenschaft.

Die beiden Gebäudeteile werden mit Brandschutzmassnahmen getrennt, damit die Sicherheit für das Archiv gewährleistet ist. Erwähnt wird, dass die momentane Situation, in welcher sich das Archiv jetzt befindet, viel gefährlicher für Brände und Wasserschäden ist. Die geplanten Meter und Reserven sollten für die nächsten 30 Jahre reichen. Weiter wurde nachgefragt, ob die Kostengenauigkeit von plus/minus 15% ausreiche. Dies wurde bejaht, da in allen Fachgebieten die Kosten detailliert erhoben wurden.

Die Farbwiese wird ein erweiterter Teil des Stadtparkes sein. Es ist vorgesehen, dass gewisse Bereiche auf der Liegewiese öfters geschnitten werden und so von der Bevölkerung genutzt werden.

Die Sanierungskosten der Liegenschaft wird man nicht auf die Mieter abwälzen können. Es werden lediglich die betriebspezifischen Ausbauten abgewälzt.

Die Kommission lehnt den Rückweisungsantrag mit dem Auftrag, die Projektkosten zu redimensionieren, mit 5:4 Stimmen ab.

Die Kommission nimmt den Änderungsantrag Dispo 2, die Mehrkosten für den Einbau einer Gastronomie (inklusive UG) seien separat auszuweisen, mit 9:0 Stimmen an.

Die Kommission hat die geänderte Weisung 27/2023, Projektierungskredit von 1'166'500 Franken für die Gesamtanierung der Liegenschaft Untere Farb und Einbau des Stadtarchivs, mit 9:0 angenommen.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Marc Thalmann (FDP)**: Das Geschäft wurde in der RPK am 3. April 2023 behandelt und seitens der Verwaltung und des Stadtrats waren mit Ausnahme der Leiterin der Leistungsgruppe Stadtarchiv die gleichen Personen vertreten wie in der Sachkommission.

Wie in der Sachkommission wurden die Fragen nach der Notwendigkeit eines durch die Stadt geführten Archives gestellt. Grundsätzlich liesse sich das Archiv auch durch einen externen Anbieter betreiben. Abklärungen dazu haben aber ergeben, dass die Lösung nicht günstiger kommen würde und die Bewirtschaftung der Archivarien nicht im gleichen Rahmen erfolgen könnte.

Die hohen Kosten, die das Vorprojekt ausweist, waren der zentrale Diskussionspunkt in der RPK. Es wurde bemängelt, dass mit der Weisung verpasst wurde, die entstanden Mehrkosten klarer zu benennen und zu erklären.

Teilen der Kommission war nicht verständlich, weshalb man von der in den bisherigen Abstimmungen kommunizierten einfachen Gastronomie/Bierschenke abgewichen ist. So drehte sich die zentrale Frage um die Notwendigkeit einer Gastronomie nach dem vorliegenden Konzept und ob die Mehrkosten hierfür gerechtfertigt seien. Die Ergänzung des Dispositivs seitens der Fachkommission wurde begrüsst, um eine klarere Transparenz hinsichtlich der Kosten zu erhalten.

Eingebracht wurde, dass im Rahmen der künftigen Abstimmungsweisung auch die Kosten für eine Alternativlösung des Archives aufgezeigt werden müssten, um den Stimmbürgerinnen und -bürgern aufzuzeigen, was die Konsequenzen wären, wenn das Projekt nicht umgesetzt wird.

Betreffend den Kosten für die Solaranlage wurde seitens der Kommission eingeworfen, dass für das Minergie-Zertifikat eine kleinere Fläche reichen und an einem anderen Standort sicherlich weniger kosten würde, als die ausgewiesenen CHF 300'000.

Abgesehen von den eher hoch erscheinenden Gesamtkosten gaben schliesslich auch die Aufwendungen für die Umgebung, welche von Teilen der Kommission ebenfalls als hoch erachtet wurden, zu reden.

Abstimmungen: In der RPK stellte die SVP den Antrag, im Auftrag der Projektausarbeitung festzuhalten, den Baukredit auf 11 Mio. zu begrenzen. Hierzu warf der Ratsscheiber ein, dass ein solcher Antrag gemäss Handbuch über den Finanzhaushalt nicht zulässig sein könne, da der Projektierungskredit „separat und unabhängig“ vom konkreten Vorhaben zu beschliessen sei. Der Antrag wurde mit 4:5 Stimmen abgelehnt.

*Im Nachgang wurde der Dispositivpunkt durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich als Hinweis zulässig, aber nicht bindend für die Exekutive taxiert.*

*Dem Antrag der KBG, die Mehrkosten für den Einbau einer Gastronomie separat auszuweisen, stimmte die RPK mit 9:0 Stimmen zu.*

*In der Schlussabstimmung stimmte die RPK der so geänderten Weisung schliesslich mit 7:2 Stimmen zu.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Marc Thalmann (FDP)**: *Die Untere Farb hat eine lange und in den letzten Jahren politisch geprägte Geschichte. Das Areal diente über viele Jahre auch der Blaufärberei, eine Farbe die einem Teil unserer Fraktion sehr zusagt. Wir sind daher nicht abgeneigt, der Liegenschaft neues Leben einzuhauchen. Vielleicht hilft es ja zu „meh Blau für Uster“. Um den Schwenk zur Vorlage zu machen: Die Untere Farbe war eben einst eine Blaufärberei und keine Schönfärberei. Der Antrag des Stadtrats für den Projektierungskredit und das dahinterstehende Konzept erscheint uns in einigen Punkten aber eben zu schönfärberisch und übersteuert. Gerne beruft sich der Stadtrat auf die gut gewonnenen Abstimmungen zum Gestaltungsplan, um kritischen inhaltlichen Fragen die Berechtigung abzusprechen, nochmals gestellt zu werden. Hingegen hält er sich in der Weiterentwicklung des Projektes wenig an die damals gemachten Aussagen und Bewertungen im Wettbewerbsverfahren.*

*So wurde bei der Beurteilung der Projekte einem Entwurf kritisch angemerkt, dass eine teilweise Unterkellerung zu Mehrkosten führen würde. Nun wird auf eine Unterkellerung gepocht, da die Mehrkosten gegenüber einer allfälligen Pfählung nur gering seien, aber ohne auch nur Ansatzweise eine Grössenordnung der Differenz anbringen zu können, da diese Variante gar nicht zur Abklärung gelangte. Erst die Fachkommission musste darauf bestehen, dass die Mehrkosten klar ausgewiesen werden müssen. Begründet wurde dies, dass Mehrkosten entstünden, wenn mehrere Varianten abgeklärt werden müssten.*

*Zudem bestehen noch immer Unabwägbarkeiten in Bezug mit dem Heimatschutz und dem Bauen im Gewässerraum, welche für die Umsetzungen des zugrundeliegenden Projekts zentral sind. Dazu hätten aus unserer Sicht zumindest mit den Fachstellen Vorabklärungen getroffen werden müssen, bevor ein Kredit in Millionenhöhe gestellt wird.*

*Dasselbe gilt für die Gastronomie. Im Gestaltungsplan wird explizit eine Schenke erwähnt und in den Abstimmungen wurde jeweils ausdrücklich von einer einfachen Gastronomie wie einem Biergarten gesprochen. Auch wurde erwähnt, dass gar keine zu intensive Nutzung vorzusehen sei, um die direkte Nachbarschaft nicht im Übermass zu belasten. Trotzdem wurde die Ausschreibung des Gastroteils so ausgelegt, dass eine intensivere Nutzung möglich ist, schon im Wissen, dass die geschützte Bausubstanz dies nicht zulassen wird. Diese Mehrkosten wurden willentlich, ohne Notwendigkeit, in Kauf genommen. Weiter käme das neue Restaurant in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer weiteren städtischen Liegenschaft mit Restauration sowie dem neu entstehenden Restaurant der Atlas Stiftung zu liegen und müsste ohne ausreichende Parkierung auskommen. Abgesehen von den teuren Gestehungskosten alles Eigenschaften, die nicht gerade für eine kostendeckende Verpachtung sprechen.*

*Nun wird betreffend den Mehrkosten argumentiert: Oh, wir wissen, dass es teuer ist, aber wir haben schon eine Vereinbarung mit einer Mieterschaft und es geht nicht anders... Aus unserer Sicht wurde hier das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt und eine Anpassung der Ausschreibung resp. Abänderung der Pachtvereinbarung ist angezeigt*

*Daher stellen wir uns auf den Standpunkt, dass der Stimmbürger mit dem Gestaltungsplan bereits eine klare Haltung zu einem vorgegebenen Raumprogramm und der Nutzung abgegeben sowie einen Kostenrahmen gesetzt hat. Diese gilt es nun umzusetzen und in diesem Sinne ist unser Antrag um Ergänzung des Dispositivs zu verstehen.*

*Wir teilen die Befürchtung nicht, dass die Umnutzung der unteren Farb mit der Ablehnung dieses Projektierungskredites auf Feld eins zurückzufallen droht, sind aber unter Umständen bereit, dem Kredit zuzustimmen. Dazu müssten aber der Antrag der SVP zur Vorgabe des künftigen Baukredites und/oder unser Antrag auf Anpassung des Raumprogramms eine Mehrheit im Rat finden.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Schäufele-Keel (SVP)**: *Vorab – die SVP/EDU-Fraktion ist für den Einbau des Stadtarchivs und für einen Gastrobetrieb in der Unteren Farb. Im 2017 hat das Stimmvolk mit 59 % JA zur Unteren Farb zugestimmt und damit, dass das Gebäude für 8 Mio. zum Stadtarchiv mit Schenke umgebaut wird. Stand 2023 soll nun diese Vision 5 Mio. mehr kosten. Wir anerkennen, dass die Teuerung mit CHF 878'000 und die neuen Richtlinien für die Sanierung fixe Faktoren sind, bei welchen es kein Sparpotenzial gibt. Dass es Einsparpotenzial gibt, weiss auch der Stadtrat. Er hat die folgenden genannt: Untergeschoss/Keller, bauliche Anpassungen wegen Gastronomie. Eventuell wird auch der Anbau (Studierstuben, Lesesaal) gegen den Aabach hin aus Gewässerschutzgründen nicht möglich sein und daher wegfallen. Damit auch die Bevölkerung nochmals JA dazu sagt, stellen wir heute den Antrag, dass der «Zielwert für den späteren Baukredit für das Stadtarchiv mit Gastrobetrieb nicht mehr als CHF 11 Mio. beträgt». Das wären immer noch plus CHF 3 Mio. mehr als der Stimmbürger bei der letzten Abstimmung zugestimmt hat. Besten Dank für die Unterstützung unseres Antrags.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier (EVP)**: *Uster hat ein Juwel. Mitten in der Stadt. Aber es ist zu teuer. Und im Moment sieht man noch nicht so recht, was daran „Juwel“ sein soll. Es geht um die untere Farb. Ein 300jähriges Gebäude, ehemalige Blaufärberei. Vielleicht mögen Sie sich erinnern? Wir hätten – schon wegen dem schönen und grossen Gartenareal – hier das Familienzentrum gesehen. Aber alte Gebäudesubstanz und Kinder das gibt Schwierigkeiten. Und zudem hat das Volk zum Gestaltungsplan und damit auch zum Einbau des Stadtarchivs JA gesagt. Ebenso war und ist von einer „Schenke“ die Rede. Bereits damals, bei der Volksabstimmung, machten uns die möglichen Kosten für Sanierung und Stadtarchiv Bauschmerzen. Nun schmerzt es noch mehr. Das Problem: Eine Alternative ist noch teurer. Und zurück auf Feld 1 wollen wir nicht. Heute geht es „nur“ um den Projektierungskredit. Das sanierte Gebäude mit Stadtarchiv wird ein Juwel. Ohne Zweifel. Nur ist es eben ein bisschen teuer. Und ob sich eine Schenke hier wirklich rechnet, zweifeln wir zumindest an. Trotzdem: Wenn wir das Gebäude für so viel Geld sanieren wollen, müsste die Bevölkerung doch etwas davon haben, d.h. auch der Wohnhausteil müsste zumindest teilweise öffentlich zugänglich sein. Und das geht wohl nur mit einer Schenke. Wir unterstützen den Antrag der KBG, dass die Kosten für die Schenke separat ausgewiesen werden. Dann können wir uns – wenn es um den Baukredit geht – immer noch dagegen aussprechen oder dem Volk den Kredit mit und ohne Schenke vorlegen. Uster hat ein Juwel. Mitten in der Stadt. Aber es ist teuer. Wir beissen in den sauren Apfel und hoffen, dass uns das Juwel in ein paar Jahren auch die Freude macht, die uns heute aufgrund der zu verbauenden Millionen noch fehlt.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Marco Ghelfi (Grüne)**: *Die Sanierung der Liegenschaft «untere Farb» ist nötig, wichtig und richtig. Nach fast 40 Jahren Diskussion ist es jetzt an der Zeit umzusetzen, was der Gemeinderat mit dem Kauf der Liegenschaft 1984 angestossen hat. Es ist dringend nötig, dass das Stadtarchiv ein Zuhause erhält und das historische Gedächtnis der Stadt Uster erhalten bleibt. Dazu braucht es geeignete Räume. Aus unserer Sicht werden mit diesem Projekt gleich drei Dinge richtig gemacht: Erstens schaffen wir einen zentralen Platz für das Stadtarchiv, zweitens sorgen wir für den Erhalt eines denkmalgeschützten Gebäudes mitten in Uster und drittens schaffen wir einen Begegnungsplatz für die Bevölkerung. Der Denkmalschutz ist, auch wenn das nicht allen passt, eine zwingende Aufgabe. Damit erhalten wir Gebäude und Objekte für künftige Generationen. Lustigerweise ist es genau das, was an Uster immer wieder bemängelt wird. Wir hätten keine Altstadt. Jetzt haben wir die Möglichkeit zumindest ein altes Gebäude zu erhalten. Die Doppelnutzung der Unteren Farb als Archiv und Schenke ist auch daher ein doppelter Gewinn, denn so können die Kosten für die Sanierung auch der Öffentlichkeit wieder zugutekommen. Damit erfüllen wir nicht nur die Vorgaben der Denkmalpflege, sondern schaffen die Möglichkeit, dass die Bevölkerung aktiv am Gebäude teilhaben kann.*

*Genau darum geht's. Wir erhalten ein historisches Gebäude, schaffen Platz für das Stadtarchiv und können anschliessend erst noch gleich vor Ort einen Kaffee geniessen.*

*Wir stimmen der Weisung daher zu.*

**Paul Stopper (BPU) beantragt Redezeitverlängerung (Art. 68 Abs. 2 OrgErl GR) um fünf Minuten, dem der Gemeinderat mit 18 Stimmen zustimmt:** *Wir sind uns alle einig, dass die gegenwärtigen Standorte der Archive in den alten Zivilschutzräumen unter der Turnhalle des Püntschulhaus, unter dem Stadthofsaalsind am Gotthardweg, an der Oberlandstrasse und weiss Gott noch wo seit Jahren unbefriedigend ist. Es ist aber ein ausgesprochenes Armutszeugnis, dass es der Ustermer Stadtrat nicht fertiggebracht hat, eine akzeptable Lösung zu finden. Hat der Stadtrat nicht mehr Achtung und Respekt vor der Ustermer Ortsgeschichte (Paul-Kläui-Bibliothek)?*

*Die Untere Farb gehört seit 1987 der Stadt Uster und in all den Jahren wurden dafür Verwendungszwecke gesucht. Die seit 20 Jahren auf dem Tisch liegenden konkreten Vorschläge der Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster und des Zürcher Heimatschutzes für die Einrichtung eines Naturzentrums in der Scheune als Ergänzung zur Silberweide unter Erhaltung der Wohnungen wurden vom Ustermer Stadtrat und vor allem vom Ustermer «Superstadtplaner» immer aktiv boykottiert – weil sie von der «falschen» Seite kamen.*

*Sie sehen, ich werde beim Thema «Untere Farb» sehr emotional. Die Akte «Untere Farb» wird im Archiv der Stadt Uster wahrscheinlich allein hundert Meter an Archivgestellen beanspruchen! Archiv in einer Scheune: Mir ist in all den Jahren nie ein Archiv unter die Augen gekommen, das als «Haus im Haus» in einer ehemaligen Scheune eingerichtet worden wäre. Wer kommt auch auf eine solch surreale und abstruse Idee? Eben ein ehemaliger Planer, der jahrzehntelang gute Ideen abschiesst und dann verzweifelt nach einem Verwendungszweck der «Unteren Farb» sucht. Abschiessen und Boykottieren ist eben einfacher als etwas Konkretes aufbauen!*

*Der Einbau des Archives würde den vollständigen Abbruch der bestehenden Scheune bedeuten. Es würde wieder eine seelenlose und sterile Hülle aufgebaut (Vielleicht mit viel Kunststoffen?). Da kann man gleich das Archiv in einem neuen Gebäude unterbringen.*

*Zur jüngeren Geschichte der «Unteren Farb»: Im Januar 2013 – also vor 10 Jahren – lieferte das Architekturbüro «moos, giuliano herrmann» dem Stadtrat die Schlussfassung der vom Stadtrat in Auftrag gegebene Standortevaluation für die vereinigten Archive Kläui-Bibliothek/Stadtarchiv ab. Es blieben folgende drei ernsthafte Standorte:*

- Untere Farb
- Zeughaus
- ZKB-Gebäude

*Bei der «Unteren Farb» wurde herausgestrichen, dass eine definitive Nutzung gesucht werde! Und: Büro/Museum im bestehenden Wohntrakt verursache nur geringe Eingriffe. Der Begriff «Archiv in Scheune (Haus im Haus)» wurde bereits damals kreiert.*

*Zum Zeughaus wurde lobend hervorgehoben, dass sich die bestehenden Zeughäuser nahezu optimal als Archiv eignen würden. Die bestehenden Zeughäuser seien bauphysikalisch gut für Archivraum geeignet und: Kulturelle Nachbarschaft förderlich*

*Zum ehemaligen ZKB-Gebäude steht: Genügend grosse Fläche, Zentral und nahe am Stadthaus gelegen, Archivräume bereits vorhanden (86 m<sup>2</sup>). Als einziger, wesentlicher Nachteil wurde genannt: Nicht im Besitz der Stadt (Kauf möglich) Bemerkung: Wie Sie wissen, stimmte der Gemeinderat Uster am 21. März 2016 dem Kauf der ehemaligen ZKB-Gebäude zum Preis von 5.5 Millionen Franken zu. Sie sind unterhaltsmässig in Stand gestellt worden.*

*Der Stadtrat beauftragte 2016 das Ustermer Architekturbüro Busenhard Fischer Architekten AG (Bankstrasse 33) einen Kostenvoranschlag für die ZKB-Gebäude aufzustellen. Der KV vom 07. Juni 2016 sieht folgendermassen aus:*

	<i>Investitionen</i>
<i>Variante 4.1</i>	<i>3'260'000.-</i>
<i>Variante 4.2</i>	<i>2'410'000.-</i>

*Man sieht also: Der fixfertige Einbau der Archive im ZKB-Gebäude ist nur etwa doppelt so hoch wie der beantragte Projektierungskredites für die Planung der «Unteren Farb». Das wäre selbst unter der Berücksichtigung einer Teuerung von 100 % noch bedenkenswert.*

*Der Umbau, die Entfernung der Wohnungen und das «Haus im Haus» der «Unteren Farb» kostet gemäss Stadtratsweisung ja ca. 12.6 Millionen Franken. Früher wurden einmal Zahlen von 4.2 Millionen Franken genannt. Galoppierende Teuerung oder galoppierender Grössenwahn? Habt ihr vergessen, dass uns das Spital Uster allein durch die Aktienkapitalerhöhung auch noch 20 Millionen Franken kosten wird? Und welche Kosten fallen bei der Stadt Uster für eine Erweiterung des Spitals an?*

*Man fragt sich einfach: Schwimmt Uster im Geld? Da wird einem doch schwindlig. Neben der Tatsache, dass es (fast) niemanden in den Sinn kommt, in einer Scheune ein Archiv einzubauen, weil einerseits von der Scheune nichts mehr übrig bleibt als die nicht mehr historisch erkennbare Hülle und andererseits wegen einer möglichen Brandgefahr. Es muss ja sicher die ganze Scheune abgebaut und das ganze Gebälk neu aufgebaut werden und die Idee des «Haus im Haus» ist ohnehin ziemlich schräg. Wohnraum vernichten, dafür kantonale Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum einreichen?*

*Sie wissen, dass im Wohnteil heute eine sehr schöne Wohnung besteht. Diese könnte auf zwei Wohnungen erweitert werden (je eine pro Stockwerk). Damit könnte die Stadt den Beweis erbringen, dass bezahlbare Wohnungen durchaus auch in alten Gebäuden möglich sind. Da braucht es keine marktschreierischen Initiativen. Hingegen Mut zum Konkreten.*

*Ich glaube, einmal (oder war es mehrmals) gelesen zu haben, dass gewisse Parteien bei jeder sich bietenden Gelegenheiten bei Neubauten gewisse Wohnanteile verlangen. Ganz nach dem Motto: Bei anderen kann man alles verlangen. Wie ist es nun bei sich selber? Ja das ist halt etwas anderes!*

*Noch zur Präzisierung: Im Gestaltungsplan «Unterer Farb» heisst es in Art 1: «Der Wohnteil ist sachgerecht zu renovieren» Und weiter in Art. 5: «In der Scheune sind Nutzungen zulässig, welche die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Archivnutzung samt den zugehörigen Arbeitsräumen». Und jetzt werden die Arbeitsräume still und leise in den Wohnteil verschoben? Man beachte jedoch: Der Wohnteil wird im Gestaltungsplan weiterhin als Wohnteil bezeichnet. Frage: Was ist nun genau im Wohnteil vorgesehen?*

*Im Erdgeschoss wird die Gastronomie mit 36 Innen- und 35-40 Aussenplätzen, einer Küche mit Vorküche, einem Foyer und einer WC-Anlage eingebaut. (Wichtige Feststellung: Ich zähle nur 22 Innen-Sitzplätze 10 4er vis-à-vis, 12 2er neben einander!) Die notwendigen Lagerräume für die Gastronomie sind – wie oben erwähnt – im Untergeschoss unter dem Archiveinbau geplant. Im ersten Obergeschoss sind weitere Nebenräume für die Gastronomie (Büro, WCs, Garderoben und Lager) sowie zusätzlich vermietbare Arbeitsräume vorgesehen. Das zweite Obergeschoss beinhaltet weitere vermietbare Arbeitsräume. Im Dachgeschoss ist ein Teil der Lüftung untergebracht.» Wie sind diese massiven Einbauten mit dem Schutzziel des Wohnteils gemäss Gestaltungsplan in Übereinstimmung zu bringen? Der Wohnteil ist sachgerecht zu renovieren.*

*Hat der Gesamtstadtrat das Haus überhaupt einmal besichtigt? Ich glaube kaum. Zudem stellt sich die Frage: Ist die Bereitstellung von Gastronomieräumen primäre Aufgabe der Stadt Uster? Konkurrenz gegenüber allen anderen privaten Restaurants? Ist das abgestimmt auf das Konzept der beiden sehr jungen Interessenten für die Beiz?*

*Ich bin klar der Meinung, dass der Wohnteil weiterhin dem Wohnen dienen muss, auch schon im Interesse der sozialen Kontrolle (Sprayereien, etc.). Sonst erhalten wir nicht nur ein «Haus im Haus» (Archiv), sondern auch noch ein «Totes Haus»! Und fehlende Mieteinnahmen!*

*Fazit. Der beantragte Projektierungskredit für die «Untere Farb» liegt quer zu allen allgemein gültigen politischen Forderungen wie sparsamer Umgang mit Steuergeldern, Erhaltung von Wohnraum, etc. sodass ich den Projektierungs-Kredit ablehnen muss.*

*Den Kreditantrag bezeichne ich als Resultat oder eher als «Kakophonie» der Arbeit des früheren Stadtplaners, der zur Belohnung für seine jahrelangen Fehlleistungen dann noch 5 Jahre über sein Pensionsalter hinaus auf der Lohnliste der Stadt stand (kostete ja auch fast nichts).*

*Ich stelle folgende Anträge:*

- 1) Rückweisung der Vorlage mit dem Auftrag zur Ausarbeitung von kostengünstigeren Lösungen für die Ustermer Archive (ZKB-Gebäude, Zeughäuser).*
- 2) Falls mein Antrag 1 nicht durchgeht: Unterbreitung des Kredites der Volksabstimmung.*
- 3) Dem FDP-Änderungsanfrage stimme ich zu.*

**Präsident Patricio Frei (Grüne):** *Ihre Redezeit ist abgelaufen. Das ausserordentliche obligatorische Referendum (Art. 13 GO vom 25.11.2007 in der Fassung vom 27.11.2011 nicht mehr gültig), also einen Gemeinderatsbeschluss der Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn „die Mehrheit der bei der Fassung des Beschlusses anwesenden Mitglieder des Gemeinderates die Gemeindeabstimmung in der gleichen Sitzung beschliesst, ist nicht mehr möglich, weil das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) abschliessend nur noch das Volks- und das Parlamentsreferendum vorsieht.*

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann (SP):** *Jetzt wissen, dass wir nach zweieinhalb Stunden eine spannende Sitzung haben. Ich wiederhole gerne nochmals mein flammendes Plädoyer für den Standort des Stadtarchivs in der Unteren Farb zum dritten Mal. Es ist einfach nur richtig, das Archiv dort vorzusehen: Das Gedächtnis von Uster mitten in der Stadt Uster, direkt am Stadtpark, direkt am geschichtsträchtigen Aabach und in einem geschichtsträchtigen Haus.*

*Das hat die Ustermer Stimmbevölkerung mit den Abstimmungen über den Gestaltungsplan auch schon zwei Mal so gesehen und deshalb ist es richtig, dass dieser Weg weiterverfolgt wird.*

*Mit diesem Weg hauchen wir der Unteren Farb quasi das dritte Leben ein. Im 16. oder 17. Jahrhundert wurde sie als Färberei gebaut. Nach etwa 300 Jahren, Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Gebäude zu einem Wohngebäude. Und nun nochmals knapp 200 Jahre später wird die Untere Farb zur Heimat der Ustermer Geschichte. Eine schon fast kitschige Geschichte.*

*Die SP-Fraktion unterstützt den Projektierungsantrag des Stadtrats ohne Wenn und Aber. Ebenso auch den Antrag der KBG, mit dem die Kosten für die Gastronomie separat ausgewiesen werden sollen. Es ist richtig: die Baukostenschätzung ist deutlich höher als bislang vermutet. Daher ist es richtig, wenn nochmals genau angeschaut wird, ob eine Gastronutzung wie gewünscht vernünftig ist. Ablehnen tun wir die Anträge der FDP und der SVP.*

*„Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen. Wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten.“*

*Das hat eine ehemalige Ustermer Gemeinderätin in der Vorrede zum Ustertag gesagt.*

*„Weisungen für Bauprojekte sind durch die antragsstellenden Behörden so transparent wie möglich aufzubereiten. Dies ermöglicht es dem Gemeinderat, fundiert eingreifen zu können und inskünftig auf lineare Kredit-Kürzungen ohne Angaben, wie diese umgesetzt werden können, zu verzichten.“*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau mit einem solchen Antrag, wie ihn nun die SVP ins Spiel bringt, hat das Debakel um das „Fliegende Klassenzimmer“, um das gescheiterte Krämerackerschulhaus begonnen. Darauf hat die KÖS einen Untersuchungsbericht mit Empfehlungen erarbeitet. Das was ich vorgelesen habe ist eine davon. Auch wenn sie schon 14 Jahre alt ist, gültig ist sie immer noch. Dass die SVP dasselbe nun wiederholt, ist bedenklich. Der Antrag ist nicht Ausdruck von Kostenbewusstsein, sondern Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber dem Stadtrat. Der Antrag hat auch schlichtweg nicht Hand und Fuss.*

*Der Antrag der FDP ist unnötig und auch unseriös: Die Frage der Gastronomie greift die KBG bereits auf. Und Vorgaben zu machen, wie die Statik gelöst werden kann, ist weder stufengerecht noch seriös. Liebe FDP, was macht ihr, wenn sich bei der Projektierung zeigt, dass eine Unterkellerung günstiger ist als eine Pfählung? Zieht doch euren Antrag zurück und sagt zum Beispiel, dass ihr vom Stadtrat erwartet, dass der Antrag der KPG so zu verstehen ist, dass die Mehrkosten einer einfachen Einrichtung mit minimalen gastronomischen Möglichkeiten gegenübergestellt werden. Der Begriff „Schenke“ bringt uns in dieser Diskussion nicht weiter. Denn eine Schenke ist nichts anderes als eine Gaststätte. Oder meint ihr einfach eine Kaffeemaschine, einen Kühlschrank, einen Bierhahnen wie im Musikcontainer? Dann sagt das doch bitte.*

*Die SP-Fraktion hofft, dass das Projekt schnell vorangetrieben wird. Denn, so wie heute unsere historischen Akten und die Kunstsammlung gelagert wird, geht schlichtweg nicht: in einer ehemaligen Truppenunterkunft, klimatisiert mit einem Gerät aus einem Grosshandel.*

*Schreiben wir die Geschichte der Unteren Farb weiter. Es ist eine schöne Geschichte, auf die wir dann alle sehr stolz sein können.*

**Paul Stopper (BPU) hat Rückweisung an den Stadtrat beantragt (Art. 64 OrgErl GR).**

**Der Rückweisungsantrag wird mit 4:29 Stimmen a b g e l e h n t .**

**Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** nimmt Stellung: *Heute ist ein historisches Moment. Einerseits ist die Untere Farb ein historisches, wichtiges Gebäude in Uster. Historisch ist aber auch der Umstand, dass heute zum ersten Mal ein konkreter Vorschlag für eine Sanierung und neue Nutzung der Unteren Farb auf dem Tisch liegt. Seit den bald 40 Jahren, die die Stadt Uster im Besitz dieser Liegenschaft ist, hat es zwar unzählige Ideen, Vorschläge und politische Vorstösse gegeben, zu welchen Zwecken das Gebäude künftig genutzt werden könnte. Erst heute aber sind wir mit einem konkreten Planungskredit soweit, dass wir das Projekt nun anfangen umsetzen zu können. Einig sind wir uns in vielem, der Gestaltungsplan, über den bereits zweimal abgestimmt wurde, gibt die Nutzung zu grossen Teilen ja auch vor.*

*Nicht ganz einig sind wir uns bei der Höhe des Baukredites. Sollen es die 12.5 Mio Franken sein, die bis jetzt ermittelt wurden, inklusive Restaurant, oder sollen es nur 11. Mio sein, oder soll das Untergeschoss weggelassen werden.*

*In der RPK war nicht klar, ob ein Projektierungskredit an Bedingungen geknüpft werden könne, wie die Änderungsanträge von SVP und FDP fordern. Das ist eine Frage, die das Parlament beantworten muss. Offenbar hat das Gemeindeamt des Kantons Zürich auf Anfrage des Ratschreibers aber erklärt, dass diese Änderungsanträge rechtlich für die Exekutive nicht verbindlich seien. Der Exekutive stehe gemäss Gemeindegesetz immer ein eigenständiges Antragsrecht an die Legislative zu. Sie muss sich also nicht an den Änderungsantrag halten. Sie darf aber selbstverständlich die Anliegen der Fraktionen aufnehmen, und ich kann versichern: Sie wird den politischen Willen bei der Erarbeitung des Bauprojektes auch beachten, weil der Baukredit bekanntlich wiederum in diesem Saal genehmigt werden muss.*

*Der Stadtrat empfiehlt deshalb dem Parlament, die beiden Änderungsanträge der SVP und FDP abzulehnen, weil sie zu einer rechtlich unklaren Situation führen würden.*

*Hingegen empfiehlt der Stadtrat, dem Änderungsantrag der KBG und der RPK zuzustimmen. Dieser Antrag schafft die Voraussetzung, damit das Parlament beim Entscheid zum Baukredit darüber entscheiden kann, ob*

- *das Projekt nur 11. Mio. Franken kosten soll,*
- *das Untergeschoss weggelassen werden kann,*
- *auf die Gastronomie verzichtet werden soll oder*
- *ob das Projekt so realisiert werden soll, wie es jetzt in den Plänen vorgesehen ist.*

*Ich bitte den Rat daher, dem Antrag der beiden Kommissionen, KBG und RPK, zuzustimmen. Empfehlung Ablehnung FDP und SVP, aber Zustimmung zu KBG und RPK.*

### **Detailabstimmungen**

Bei der Detailberatung kann auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Der Antrag gilt als Beschluss (Art. 74 Abs. 4 OrgErl GR).

#### **Die KBG beantragt folgende Ziffer 2 (neu) im Dispositiv:**

Die Mehrkosten für den Einbau einer Gastronomie (inklusive UG) werden separat ausgewiesen.

(Ziffer 2 bisher wird zu Ziffer 3 neu)

**Der Antrag wird mit 31:1 Stimmen angenommen.**

#### **Die SVP/EDU-Fraktion beantragt folgende Ziffer 3 (neu) im Dispositiv:**

Der Zielwert für den späteren Baukredit beträgt nicht mehr als CHF 11 Mio.

**Der Antrag wird mit 15:17 Stimmen abgelehnt.**

#### **Die FDP/Die Mitte Fraktion beantragt folgende Ziffer 3 (neu) im Dispositiv:**

Auf eine Unterkellerung des Archivs ist zu verzichten.

**Der Antrag wird mit 17:16 Stimmen angenommen.**

**Die FDP/Die Mitte Fraktion beantragt folgende Ziffer 4 (neu) im Dispositiv:**

Als Gastronomienutzung ist eine einfache Gastronomie (Schenke) vorzusehen.

**Der Antrag wird mit 17:15 Stimmen angenommen.**

**Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 23:7 Stimmen:**

- 1. Für die Gesamtanierung der Liegenschaft Untere Farb und den Einbau des Stadtarchivs an der Seestrasse 4 wird ein Projektierungskredit von 1'166'500 Franken inkl. MWST bewilligt.**
- 2. Die Mehrkosten für den Einbau einer Gastronomie (inklusive UG) werden separat ausgewiesen.**
- 3. Auf eine Unterkellerung des Archivs ist zu verzichten.**
- 4. Als Gastronomienutzung ist eine einfache Gastronomie (Schenke) vorzusehen.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 6 Kenntnisnahmen

### **GRB 12.12.2022: Weisung 7/2022, Rekurs i/S. Teuerungsausgleich**

Der Bezirksrat Uster hat mit Präsidialverfügung vom 27. März 2023 die Eingabe einer Rekurrentin vom 19. März 2023 aus dem Recht gewiesen und vom Eingang der Duplik des Stadtrates vom 21. März 2023, welcher sich der Gemeinderat mit Schreiben vom 23. März 2023 anschloss, Vormerk genommen (vergleiche Seite 254).

### **Referendumsfristablauf**

Die Frist für das Referendum über die Weisung 14/2022 (GRB 23.1.2023) ist am 3. April 2023 unbenutzt abgelaufen.

### **Anfragen**

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 512/2022 von Benjamin Streit (SVP) und Markus Ehrensperger (SVP) vom 21. Dezember 2022: Unter- resp. Überführung der Zürichstrasse in Werrikon (Stadtratsbeschluss vom 28. März 2023)
- 513/2022 von Benjamin Streit (SVP) und Markus Ehrensperger (SVP) vom 21. Dezember 2022: Unterführung der Winterthurerstrasse in Uster (Stadtratsbeschluss vom 28. März 2023)

### **Unterlagen**

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 31. März 2023: Elterninfo 2023 Nr. 1 Primarschule Uster
- 17. April 2023: Züri Oberland Magazin, Ausgabe Nr. 2, März 2023

### **Ratsbibliothek**

Beim Parlamentsdienst kann eingesehen werden:

- René Wiederkehr, Christian Meyer, Anna Böhme: Kommentar VwVG. Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren mit weiteren Erlassen [EMRK, BV, BGG, VGG und BZP]. Zürich 2022

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 15. Mai 2023 statt.

Für das Protokoll

Der Ratsschreiber  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugt

29.4.2023

Der Präsident  
Patricio Frei